

Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 436

Einwohnerratssitzung vom Montag, 27. Oktober 2014, 19.00 Uhr in der alten Dorfturnhalle

Anwesend	36 Personen des Einwohnerrates 7 Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Martina Häring, Walter Keller, Roland Kuny, Fabienne Zahnd Birri Gemeinderat: -
Vorsitz	Benedikt Schmidt, Präsident
Protokoll	Joachim Maass
Weibeldienst	Martin Suter

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1.	Dringliche Interpellation der FDP-Mitte-Fraktion, Andrea Klein, betreffend „Parkplatzmarkierungen“	2908
2.	Dringliche Interpellation der SVP-Fraktion, Urs Hess, betreffend „Tempo 30 und Parkplätze“	2910
3.	Ersatzwahl für die Rechnungsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode, Walter Keller, FDP-Mitte, anstelle von Martina Häring	2889
4.	Beantwortung Postulat der SP-Fraktion, Daniela Berger, betreffend "Überdachte Veloständer an der Bahnhofstrasse und im Dorfzentrum"	2727
5.	Interpellation der SP-Fraktion, Bruno Baumann, betreffend „Kontrolle ist die beste Prävention“	2895
6.	Totalrevision Reklamereglement – 2. Lesung	2096
7.	Sondervorlage: Bewilligung Baukredit von CHF 1'845'000 für den Neubau Infrastruktur Hexmatt (Duschen- und Garderobengebäude) auf Parzelle 1045, Hexmatt	2894
8.	Interpellation der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Patrick Weisskopf, betreffend „Kunst im Wannenkreisel“	2902
9.	Motion der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Emil Job, betreffend „Neuregelung Entschädigung Gemeindepräsidium“	2903
10.	Bericht der GPK zum Amtsbericht 2013	2904
11.	Fragestunde (nach der Pause)	

Begrüssung durch Benedikt Schmidt, Präsident

Liebe Gäste im Publikum, liebe Presse, lieber Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich begrüsse alle zur 436. Sitzung des Einwohnerrats. Besonders begrüsse ich Dieter Schnetzer, welcher neu für die Fraktion FDP-Mitte im Einwohnerrat ist. Er ist für Patrick Freund nachgerückt. Bei den letzten Sitzungen brauchte es manchmal mehrere Anläufe mit dem Auszählen der Stimmen. Wenn das Resultat nicht deutlich ist, müssen wir alle Ja, alle Nein und alle Enthaltungen zählen. Ich bitte euch, die Stimmkarten noch deutlicher in die Höhe zu heben. Wir haben uns auch überlegt, ob wir fürs Abstimmen aufstehen. Obwohl ein wenig Bewegung während der Sitzung nicht schadet, möchte ich so etwas doch lieber nicht einführen.

Präsenz

Es sind zurzeit 35 Personen des Einwohnerrates anwesend und der Rat ist beschlussfähig. Das einfache Mehr beträgt 18, das 2/3-Mehr 24 Stimmen.

Mitteilungen

Wahl Spezialkommission „Politische Steuerung“: Der Einwohnerrat hat an der letzten Sitzung das Geschäft Nr. 2893 „Optimierung der politischen Steuerung der Gemeinde“ an eine 7er-Spezialkommission überwiesen. Gemäss P. 3.3.3.1.2 des Einwohnerratsreglementes wählt das Büro auf Vorschlag der Fraktionen die Mitglieder und das Präsidium der Spezialkommission. Die Fraktionen haben folgende Nennungen für die Spezialkommission gemeldet: Marc Bürgi FDP-Mitte, Philippe Doppler SVP, Christine Gogel SP, Kurt Lanz SP, Thomas Sollberger FDP-Mitte, Christian Schäublin SVP, Patrick Weisskopf Unabhängige Pratteln. Als Präsident wird Patrick Weisskopf, Unabhängige Pratteln, und als Vizepräsident Christian Schäublin, SVP, vorgeschlagen. Das Büro hat das Präsidium und die Mitglieder der 7er-Spezialkommission „Politische Steuerung“ bestätigt.

Geschäft 2884 Sondervorlage, Realisierung Quartierplan Bahnhofplatz: Der Gemeinderat hat Beschwerde erhoben gegen den Beschluss des Einwohnerrates. Der Präsident verliest das Schreiben des Rechtsdienstes *„Mit Schreiben vom 9. Oktober 2014 hat der Gemeinderat beim Rechtsdienst des Regierungsrats eine vorsorgliche Beschwerde gegen den Beschluss des Einwohnerrats zum Geschäft Nr. 2884 (Sondervorlage: Realisierung Quartierplan Bahnhofplatz) vom 29. September 2014 eingereicht. Im Januar 2012 wurde mit den Grundeigentümern und Gesellschaftern der Quartierplangemeinschaft Bahnhofplatz Pratteln der Quartierplanvertrag aufgrund des vom Einwohnerrat genehmigten Quartierplanreglements und den Teilplänen erarbeitet und vereinbart. Der Beschluss des Einwohnerrates vom 29. September 2014 kann die Vereinbarung mit den Grundeigentümern und Gesellschaftern der Quartierplangemeinschaft Bahnhofplatz Pratteln tangieren. Aufgrund der Komplexität der Angelegenheit konnten innerhalb der kurzen Rechtsmittelfrist nicht sämtliche Auswirkungen des Einwohnerratsbeschlusses auf den Quartierplanvertrag und somit auf die Verpflichtungen gegenüber den Quartierplanvertragspartnern betrachtet und geprüft werden. Der Gemeinderat sah sich daher veranlasst, eine vorsorgliche Beschwerde einzureichen.“* Der Gemeinderat hat nun Zeit seine Einsprache bis zum 20 November zu begründen. Ich werde den Rat bei Gelegenheit im Laufenden halten, wenn es Neues gibt.

Präsenz: Es sind nun 36 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 19, das 2/3-Mehr 24 Stimmen.

Neue parlamentarische Vorstösse

- Interpellation der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Patrick Weisskopf, betreffend „Geruchsbelästigungen durch die ARA Rhein“ vom 20. Oktober 2014
- Postulat der FDP-Mitte-Fraktion, Andrea Klein, betreffend „Archivierung & Nachverfolgbarkeit von ER-Geschäften“ vom 20. Oktober 2014
- Dringliche Interpellation der FDP-Mitte-Fraktion, Andrea Klein, betreffend „Parkplatzmarkierungen“ vom 20. Oktober 2014
- Dringliche Interpellation der SVP-Fraktion, Urs Hess, betreffend „Tempo 30 und Parkplätze“ vom 27. Oktober 2014

Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses

Benedikt Schmid: Es liegen 2 dringliche Interpellationen vor: 1. Dringliche Interpellation der FDP-Mitte-Fraktion, Andrea Klein, betreffend „Parkplatzmarkierungen“ vom 20. Oktober 2014, 2. Dringliche Interpellation der SVP-Fraktion, Urs Hess, betreffend „Tempo 30 und Parkplätze“ vom 27. Oktober 2014. Wir schlagen vor, eine einzige Diskussion zum Thema Dringlichkeit durchzuführen wie das letzte Mal und anschliessend über beide Interpellationen gemeinsam abzustimmen. Für die Dringlichkeit ist eine 2/3-Mehrheit notwendig. Allenfalls könnte anschliessend eine einzige Diskussion geführt werden, weil beide Interpellationen vom Thema her fast identisch sind.

Es gibt keine Wortmeldungen es folgt die Abstimmung zur Dringlichkeit

2910 Dringliche Interpellation der FDP-Mitte-Fraktion, Andrea Klein, betreffend „Parkplatzmarkierungen“ vom 20. Oktober 2014

2908 Dringliche Interpellation der SVP-Fraktion, Urs Hess, betreffend „Tempo 30 und Parkplätze“ vom 27. Oktober 2014

://: Der Rat stimmt mit 35 Ja zu 0 Nein bei 1 Enthaltung der Dringlichkeit beider Interpellationen zu (die Zweidrittelmehrheit beträgt 24).

Urs Hess: Für die Fragestunde sind inhaltlich ähnliche Fragen vorgesehen und diese könnten ebenfalls mit den beiden Interpellationen behandelt werden.

Es gibt keine weiteren Bemerkungen zum zugestellten Geschäftsverzeichnis und daher wird nach dem bereinigten Geschäftsverzeichnis verfahren.

Beschlüsse

Geschäft Nr. 2908

Dringliche Interpellation der FDP-Mitte-Fraktion, Andrea Klein, betreffend „Parkplatzmarkierungen“

Geschäft Nr. 2910

Dringliche Interpellation der SVP-Fraktion, Urs Hess, betreffend „Tempo 30 und Parkplätze“

GR Ruedi Brassel: Auch ich hätte ihnen vorgeschlagen, die Fragestunde dazuzunehmen. Zur Dringlichen Interpellation von Andrea Klein: Frage: *Wurde die Verkehrs- und Planungskommission bei der Vorbereitung, Planung und Umsetzung des Parkraumbewirtschaftungskonzepts miteinbezogen und wenn ja, gibt es dazu Protokolle?* Ja, die Verkehrsplanungskommission wurde in die Planung und Vorbereitung vom Tempo-30 einbezogen. Die Sitzungen sind protokolliert. Frage: *Wurden Sachverständige der Feuerwehr Pratteln in die Planung miteinbezogen?* Ja, die Feuerwehr wurde mit ihren Sachverständigen in die Planung einbezogen und gab ihr okay. Frage: *Welche Planvariante wurde am 25.2.14 der Bevölkerung vorgestellt? Wurden diese Pläne zwischenzeitlich verändert?* Der Bevölkerung wurde das Vorprüfungsexemplar vorgestellt, das auch beim Kanton lag. Die Pläne sind in den Grundzügen, wie sie dort dokumentiert wurden und auch im Internet und in der Verwaltung zur Verfügung gestellt wurden, unverändert geblieben. Sinn der Präsentation war ja gerade, dass Leute Anregungen und Hinweise bringen konnten; diese wurden aufgenommen, was teilweise zu Änderungen geführt hat. Die Tatsache, dass anschliessend an die ersten Vormarkierungen an einigen Stellen ein Sturm losgegangen ist, zeigt, dass das gewählte Vorgehen mittels Informationsveranstaltungen, Publikationen im Internet und Auflage auf der Gemeindeverwaltung mit der Bitte um Rückmeldung auf die eigens dafür eingerichtete Mailadresse nicht diese Reaktionen gebracht hat, die offenbar vor Ort, als die Leute gesehen haben, was passieren könnte, entstanden sind. Diese Erkenntnis war für uns bei der Umsetzung des Postulates der letzten Einwohnerratssitzung ein wichtiger Punkt: Wie können wir den Betroffenen erklären, wo sie betroffen sind und wie es aussieht. Ja, die Pläne wurden in der Zwischenzeit in Teilaspekten an die Anregungen aus der Bevölkerung angepasst. Frage: *War die Parkraumbewirtschaftung bereits Teil des Gutachtens, um damit die Verkehrssicherheit gem. Art. 108 SSV überhaupt erst begründen zu können? Wo die Parkraumbewirtschaftung als Massnahme für Tempo-30 wirksam und wichtig ist, d. h. durch das Setzen versetzter Parkfelder das Tempo verlangsamt wird, war im Vorprüfungsexemplar vorhanden. Auch hier ergaben sich aufgrund von Interventionen gewisse Verschiebungen.* Frage: *Wird der Gemeinderat dem Einwohnerrat resp. der Bevölkerung das Gutachten zur Einführung von Tempo 30 zur Einsicht zur Verfügung stellen?* Das Gutachten ist einsehbar und steht auf der Gemeindeverwaltung zur Verfügung. Frage: *Wie gedenkt der Gemeinderat mit den unzähligen negativen Voten aus der Bevölkerung umzugehen? Welche Konsequenzen zieht er daraus?* Konsequenz ist, dass die Vormarkierungen weitergeführt werden. Die Vormarkierungen stellen keine definitiven Markierungen dar, sondern geben der Anwohnerschaft Gelegenheit zur Reaktion und ihre Bedürfnisse einzubringen, wie es Andrea Klein und andere Personen aus dem Einwohnerrat auch wahrgenommen haben. Dies ergibt die Möglichkeit, vor Ort zu reden. Anwesend ist immer jemand aus der Abteilung Dienste/Sicherheit und der Abteilung Bau und der Gutachter. In einzelnen Fällen wurden weitere Personen zugezogen und auch die Verkehrsabteilung des Kantons BL. Das Gespräch wird gesucht und die Beispiele in der Interpellation zeigen, dass das Gespräch auch geschätzt wird und Erfolg hat. Nur auf diesem Weg und dem aufmerksamen Dialog mit der Bevölkerung können wir überhaupt das realisieren, was vom Volk beschlossen wurde. Frage: *Wird der Gemeinderat den verordneten Stopp*

beherzigen und die Planung erneut überprüfen unter Einbezug der VPK oder anderen Sachverständigen? Die Antwort wurde bereits gegeben. Wir haben einen Stopp aller definitiven Markierungen gemacht, ausgenommen Rechtsvortrittsmarkierungen, die völlig unbestritten sind. Alle Parkplatzmarkierungen wurden nur als Vormarkierungen vorgenommen, um der Bevölkerung orientierend Anlass zu geben, ihr Bedürfnisse klar einzubringen, weil wir gesehen haben, dass wir auf dem anderen Weg die Leute zu wenig erreichen. Die Reaktionen aus der Bevölkerung – es gab nicht nur kritische Reaktionen, sondern auch viele zustimmende – zeigen uns, dass der Weg über das Vormarkieren der erfolgversprechendste ist. Wir können nicht ausschliessen, dass die Massnahmen der einen oder anderen Person nicht ganz in den Kram passen und man sich daran gewöhnen muss. Die Ergebnisse zeigen, dass wir so am besten vorwärts kommen. Sobald die Vormarkierungen vonseiten der Bevölkerung her in Ordnung sind, die Zustimmung der Verkehrsabteilung und die Publikation im Amtsblatt vorliegen, das Postulat im Einwohnerrat behandelt haben, werden die Vormarkierungen dort, wo sie akzeptiert sind, in definitive Markierungen umgewandelt. Zur Dringlichen Interpellation von Urs Hess: Frage: *Das Demokratieverständnis scheint dem Gemeinderat verloren oder wie erklärt der Gemeinderat sein Verhalten?* Ich weiss nicht, was hier an Demokratieverständnis verloren gegangen sein soll. Es wurde ein Postulat überwiesen und wir haben die Massnahmen insofern vollständig umgesetzt, dass keine weiteren Markierungen vorgenommen wurden; wir haben das Postulat in diesem Punkt sehr ernst genommen, haben aber, und dies gehört auch zum Demokratieverständnis Urs Hess, eine Volksabstimmung gehabt, die Tempo-30 eingeführt haben wollte und darum müssen wir im Dialog mit der Bevölkerung – und auch dies gehört zu meinem Demokratieverständnis – einen Weg finden, wie wir dies umsetzen und unterschiedliche Interessen austarieren. Ich weiss auch von dir, Urs Hess, dass du an einer solchen Besprechung warst und das Ergebnis offenbar nicht unbefriedigend war. Frage: *Wie werden die betreffenden Anwohner informiert und wie werden allfällige Veränderungen den Betroffenen kommuniziert?* Hierzu wurde genug gesagt: Es wurde auf verschiedensten Kanälen vorab informiert und wir haben die Vormarkierungen vorgenommen, um mit der Bevölkerung ins Gespräch zu kommen. Dies stösst, bei aller Kritik einzelner Massnahmen auf grundsätzlich positives Echo, weil die Leute sehen können, wo was passieren soll und wo sie welche Anregung einbringen könne, damit es in ihren Augen besser herauskommt, als geplant. Ob es dann wirklich besser ist, hängt von den Gesprächen ab, die wir vor Ort führen und bei dem der Sachverständige dabei ist. So kann eine einvernehmliche Lösung realisiert werden. Frage: *Offensichtlich erhalten nicht alle Personen, welche dem Gemeinderat Änderungsvorschläge einreichen, eine Antwort. Mindestens eine Eingangsbestätigung wäre anständig. Weshalb wird dies nicht konsequent gemacht, obwohl eine Kommunikationsverantwortliche angestellt wurde?* Der Abteilung Bau und Dienste/Sicherheit wurden lange Listen von Leuten vorgelegt, die interveniert hatten, eine Empfangsbestätigung erhalten haben und Termine vor Ort stattfanden. Nach meinem Wissen wurden alle Personen informiert, erhielten ein Echo und die Möglichkeit zur Diskussion vor Ort. Sollte etwas untergegangen sein, tut mir dies leid. Ich gehe davon aus, dass in den Abteilungen mit grosser Sorgfalt und grossem Einsatz gearbeitet wird. Ich habe keinen Anlass, daran zu zweifeln. Frage: *Wer ist zuständig für die Kommunikation, die Abteilung Bau oder die Abteilung öffentliche Sicherheit und wie findet die entsprechende Absprache statt?* Die Kommunikationsverantwortliche kann nicht für die Art der Kommunikation in Bezug auf einzelne Massnahmen zuständig sein; diese Verantwortung liegt nicht an dieser Stabsstelle. Die Abteilungen Bau und Sicherheit/Dienste sind auf der Abteilungsleitungsebene und der der Sachbearbeiter koordiniert; die Absprachen finden regelmässig statt und zwar täglich. Frage: *Weshalb hat der Gemeinderat den Einwohnerratsbeschluss zu sofortigen Stopp der Markierung nicht umgesetzt?* Es handelt sich beim Beschluss um ein überwiesenes Postulat. Es ist ein Beschluss, der den Kompetenzbereich des Gemeinderats betrifft und wir als Gemeinderat sind dem Postulat insofern entgegengekommen, als sämtliche definitive Markierungen gestoppt wurden. Warum die Vormarkierungen weitergeführt wurden, habe ich vorhin in aller Ausführlichkeit dargelegt. Wir können nicht in den Dialog mit der Bevölkerung treten, wenn wir die Bevölkerung nicht über die Folgen der Pläne vor Ort informieren können. Es hat sich gezeigt, dass die Vormarkierungen auch

aus der Perspektive der Bevölkerung die richtige Massnahme ist. Frage: *Wie weit ist die Abklärung betr. der Trottoirs (in gemeinderätlicher Auslegung Kompetenzstreifen) für die Fussgänger und in welchen Strassen wurden diese überprüft?* Es fand mit der zuständigen kantonalen Stelle ein Treffen statt, an dem dieses Anliegen diskutiert und unsere Anliegen vorgebracht wurden. Wir haben die Strassenbreiten erhoben und dazu kann ich sagen, dass Strassen mit einer Mindestbreite von 7 m und einer Mindestbreite der Fahrbahn von 5 m so ausgeschieden werden, dass die Gehstreifen auf der Seite angebracht werden. Von den betroffenen Strassen sind nur wenige in dieser Breite, sodass wir das Ganze weiter verfolgen. Die Beratungsstelle für Unfallverhütung (BFU) in Bern wurde mit eingeschaltet und wird im November einen Termin vor Ort wahrnehmen. Wir nehmen das Postulat sehr ernst, weil wir wissen, dass die Umgewöhnung im Gebrauch der Strassen und Kompetenzstreifen vielen Leuten Mühe macht. Ich muss aber auch sagen, dass uns die Verkehrsabteilung BL unmissverständlich darauf hingewiesen hat, dass sie von ihrer Position keinen Millimeter abrückt. Wir warten ab, was von der BFU kommt und überlegen, ob wir als Gemeinde die Verantwortung, die möglicherweise mit Haftungsfolgen verbunden ist, in diesen Fällen übernehmen können oder nicht und werden dies in einer Vorlage dem Einwohnerrat unterbreiten. So viel zur Interpellation von Urs Hess. Zu den Themen der Fragestunde: Frage: *Weshalb hält sich der Gemeinderat nicht an die beiden ER- Beschlüsse betr. sofortigen Stopp der Umsetzung?* Der Gemeinderat hat sich wohl an den Stopp gehalten und keine Markierungsarbeiten vorgenommen, sondern wie vorher ausgeführt, mittels den Vormarkierungen den Dialog mit der Bevölkerung aufgenommen. Frage: *Wann werden die Markierungs- und Vormarkierungsarbeiten gestoppt?* Diese Frage erübrigt sich, weil die Markierungsarbeiten gestoppt sind. Die Vormarkierungen sind bald erledigt und es kann dann darüber verhandelt werden. Frage: *Hat der Gemeinderat der Verwaltung den Unterbruch mitgeteilt, wann und wie? Wie gedenkt der Gemeinderat den Beschluss des Einwohnerrates und dessen Umsetzung der Bevölkerung: zu kommunizieren?* Der Gemeinderat hat diese Informationen im Prattler-Anzeiger angezeigt und die Verwaltung angewiesen, die Markierungsarbeiten zu unterlassen.

://: Der Rat beschliesst einstimmig **Diskussion**

Urs Hess: Besten Dank für die Beantwortung der Fragen. Es haben mich nicht alle Antworten befriedigt, nicht, weil ich kein Demokratieverständnis habe, im Gegenteil. Wenn man Demokratie wirklich ernst nehmen will: Der Einwohnerrat das letzte Mal einen Stopp gemacht und klar gesagt, das es aus verfahrensrechtlichen Gründen nicht möglich ist, dieses Anliegen als Motion zu überweisen und sich der Gemeinderat daran halten will. Jetzt kommt die Ausrede, es sei ja nur ein Postulat und dies akzeptiere ich nicht, Ruedi Brassel. Aufgrund dessen haben wir gedacht, wir können in einem guten Einvernehmen den Stopp auch durchsetzen. Es wurde nicht nichts markiert. Wenn du sagst, man hätte nur Rechtsvortritt udgl. markiert, so wurde bei der Krümmen Eiche Oberemattstrasse/Giebenacherstrasse ein Kurvenrand gemalt und noch ein Parkplatz oder was es sonst geben soll, dazu. So einfach ist dies nicht. Ich war auch einmal dabei, weil Leute aus der Bevölkerung zu mir kamen, die gesagt haben „Da schreibt man dem Gemeinderat einen anständigen Brief mit Lösungsvorschlag und dann geht 5 Wochen nichts“. Es geht um den Hinweis, dass der Gemeinderat auch schaut, wenn ein Brief kommt, dass man eine Eingangsbestätigung schickt. Dass man nicht gerade eine Lösung präsentieren kann, ist normal, man kann die Lösung akzeptieren oder nicht oder einen anderen Weg einschlagen. Ich erwarte vom Gemeinderat, dass die Leute wissen, dass sie ernst genommen werden. Früher wurde gesagt, man werde Quartier um Quartier umsetzen und nicht alles auf einmal. Nun macht man alles auf einmal und so alle Leute verrückt. Zur Kommunikation: Wenn eine Person kommt und sagt „Kann man diese Parkplätze nicht schieben?“ heisst es „Ja, wir schieben“. Dann sind sie beim Nachbarn und der Nachbar kommt und sagt, er habe keine Information gehabt. Dies finde ich so nicht in Ordnung und daher ist wichtig, die Leute entsprechend zu informieren, auch diejenigen, zu denen man den Parkplatz nachher verschoben hat. Ich selber habe angefragt, ob man bei der Migros

nicht etwas für Taxis machen kann, weil es dort sehr viel ältere Leute gibt, die mit dem Taxi zum Einkaufen fahren oder abgeholt werden. Denkbar wären zwei Plätze, auf denen Taxis anhalten und weiterfahren könnten; heute sind dort weisse Parkplätze. Wenn jemand mit dem Taxi kommt, muss das Taxi auf der Strasse parkieren und die Person auf der Strasse aussteigen. Dort gehört wirklich ein Taxihalteplatz oder ein Platz für Güterumschlag hin.

Andrea Klein: Danke für Beantwortung meiner dringenden Interpellation. Im Grund bin ich zufrieden mit der Beantwortung. Ich habe gute und positive Erfahrungen mit der Verwaltung gemacht, die schnell und effizient reagiert hat. Vielleicht war die Verwaltung erschrocken, weil sich 10 oder 12 Einwohner in einer Gruppe mit zwei Personen der Gemeindeverwaltung herumgeschlagen haben - nicht physisch aber doch verbal – und das Problem hat sich zum Positiven gewendet. Für mich ist es eine klassische Schreibtischtat. Bei uns im Quartier hat man gesehen, dass irgendwer auf dem Reissbrett irgendwas gemalt hat, ohne zu merken, was er anrichtet, mit der Konsequenz, dass Arbeiter markiert haben, die ganze Bevölkerung aufgeschreckt ist, die Verwaltung angegriffen wird, was diesen Leuten auch nicht zuzumuten ist. Anschliessend wird korrigiert, d. h. es ist eine zweite Person vor Ort, jemand kommt, um die korrigierten Massnahmen abzuschwärzen und nun sind wir bei der dritten Begehung und am Ende wird noch eine definitive Markierung angebracht. Dies ist extrem ineffizient. Wenn jeder Parkplatz in der Gemeinde Pratteln 4-mal angegangen werden muss, bis er definitiv gemalt ist, ist dies ein Prozess, den man der Bevölkerung nicht zumuten kann. Zur Parkplatzbreite: Es ist mir klar, dass, wenn wir 5 m breite Strassen haben, der Parkplatz nicht 2.4 m breit sein kann. Ein VW-Golf hatte 1974 eine Breite von 1.61 m und heute sind es 2.03 m und die Gemeinde Pratteln markiert Parkplatzbreiten von 1.85 m. D. h. dass jeder, der ordnungsgemäss im Parkfeld steht, eine Busse erhält, weil er mit den Rädern ausserhalb des Parkfeldes steht. Die Gemeinde kann natürlich nichts dafür und bei schmalen Strassen, bringt die Parkplatzmarkierung etwas für die Bevölkerung, aber in der Konsequenz müssten sie gebüsst werden, weil sie das Parkfeld nicht ordnungsgemäss markieren. Für mich passiert eine unglückliche Schreibtischtat und ich hätte mir gewünscht, dass man zwar mit den Vormarkierungen weitermacht, aber die Bevölkerung mit einem Infoblatt informiert und sagt, dass etwas markiert ist, es sich um eine Vormarkierung handelt, und die Leute kommen und es sich anschauen, damit man die Wut dieser Personen abbauen kann und die Leute wissen, dass sie eine Chance zum Reagieren haben.

Christoph Zwahlen: Urs Hess hat es schon angesprochen und mir ist es auch besonders aufgefallen. An der Giebenacherstrasse bei der Zufahrt zum Schwimmbad hat man sehr bald nach der letzten Einwohnerratssitzung Farbe angebracht. Dies war überhaupt keine Bedenkpause und hat mich geärgert und darum habe ich den Leserbrief geschrieben. Ich finde es eine sehr gefährliche Markierung und zusätzlich steht im oberen Parkfeld noch eine Mulde einer Baufirma. Die Mulde ist breiter als das Parkfeld, es wird noch schmaler und ich warte auf den ersten Unfall. Es handelt sich um eine Veloroute und ist dort blödsinnig markiert. Ich weiss nicht, wer dort „einspracheberechtigt“ ist und zusätzlich hat man sich nicht an das Versprochene gehalten.

Urs Schneider: GR Ruedi Brassel hat gesagt, dass die Feuerwehr in die Planung mit einzogen wurde. Mich interessiert, wer von der Feuerwehr in die Planung einbezogen wurde.

Christoph Pfirter: GR Ruedi Brassel hat sich ungefähr 20 Minuten zur Umsetzung Tempo-30 gerechtfertigt. Das hättest du auch in einem Satz erledigen können „Wir haben Mist gemacht“ und zu einem Fehler stehen. Ich habe schon das letzte Mal gesagt, dass ihr die Umsetzung masslos übertrieben habt. In der dringlichen Interpellation der FDP-Mitte steht geschrieben, welche Massnahmen man ergreifen kann, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen „wenn die Gefahr nur schwer oder oder nicht rechtzeitig erkennbar ist“. Und ihr habt das Maximum gemacht, das überhaupt machbar ist und dies macht die Bevölkerung verrückt. Ihr habt oben angefangen und nun sagt ihr „Wir suchen

den Dialog“. Man kann doch nicht etwas planen und dann reklamieren alle. Dies ist keine Planung, Ruedi Brassel. Ich weiss nicht, wie du arbeitest, aber so geht es nicht. Dies ist das grösste Problem, dass ihr irgendetwas wurstelt und du hast die Verantwortung dafür und keine andere Person. Sonst war es der falsche Planer oder der falsche Umsetzer. Was hier abgezogen wird, ist eine Frechheit. Ich war in der Kommission der Parkplatzbewirtschaftung. Dort ist der Druck entstanden, weil wir Probleme an einigen Orten hatten, wo Auswärtige parkieren und aufs Tram gehen. Aber am Käferberg oben hatten wir kein Problem mit Parkplätzen. Wir haben in Pratteln keine Strasse mehr, in der man geradeaus fahren kann; nicht eine einzige. Ich arbeite in der gesamten Nordwestschweiz und es gibt viele Gemeinden mit Tempo-30, aber so einfältig, wie Pratteln Tempo-30 umsetzt, habe ich nie gesehen. Es gibt nicht nur Velofahrer, es auch andere Leute, die mit Lastwagen und Maschinen schaffen und mit grossen Fahrzeugen. Wir können nicht nur auf die Velofahrer Rücksicht nehmen, sonst hast du kein Heizöl mehr zu Hause, die Post wird nicht gebracht, der Schnee nicht geräumt und den Abfall kannst du selber irgendwohin bringen.

GR Ruedi Brassel: Ich will nicht noch einmal zwingend 20 Minuten reden, also entschuldigt, wenn ich nicht auf alles eingehe, was eingeworfen wurde. Wir werden Massnahmen überprüfen, die sich als gefährlich oder untauglich erwiesen haben. Wir haben dies ja schon gemacht und werden es auch weiterhin. Für eine Meldung, Christoph Zwahlen, muss niemand beschwerdeberechtigt sein, man kann es einfach mitteilen. Es handelt sich nicht um eine formelle Beschwerde, sondern um Anregung, Kritik und Dialog. Zur Tatsache, dass wird alles in einem Zug und nicht nach und nach gemacht haben: Die ursprüngliche Planung war, quartierweise vorzumarkieren und dann zu markieren. Wir haben jedoch entschieden, um die Rückmeldungen der Vormarkierungen auf den gesamten Plan zu erhalten, die Vormarkierungen überall vorzuziehen. Dies ist nicht undemokratisch und, Andrea Klein, auch nicht ineffizient. Logisch entsteht so etwas am Schreibtisch der Planer; es ist anders gar nicht möglich. Frage ist, wie es von der Planung zu der Bevölkerung vor Ort kommt. Die Leute, die planen, planen nicht nur am Schreibtisch; sie besichtigen die Situationen auch. Die Anwohnerschaft erlebt die Situation anders und daher braucht es eine Situation, in der man mit der Bevölkerung in Kontakt tritt und daher die Vormarkierungen. Wenn es hier ein Hin und Her gibt, hängt dies auch damit zusammen, dass wir genau dies ernst nehmen, was Urs Hess angemahnt hat, wenn man merkt, dass man etwas nicht einfach verschieben kann und dem Nachbar hinstellen. Dies ist ein relativ aufwendiges Unterfangen. Angenommen, wir hätten alles zurückgenommen und gesagt, es gilt nichts mehr, wir fangen von vorne an, wäre an denselben Stellen genau das gleiche Theater losgegangen. Wir haben eine Planungsvorlage gehabt, diese der Bevölkerung unterbreitet und gesehen, dass es die konkrete Begehung und Begegnung vor Ort braucht und genau dies ist die Erkenntnis daraus. Ein ineffizientes Verfahren ist es trotzdem nicht. Zur Parkplatzbreite: Dazu gibt es Normen; wir können die Parkplätze nicht beliebig enger machen und nur Smart-Parkplätze machen. Falls Räder teilweise oder knapp ausserhalb der markierten Fläche stehen, gibt es nicht gerade eine Busse. Zur Feuerwehr: Wir haben mit dem Feuerkommando Kontakt gehabt und sämtliche Planungen, Christoph Pfirter, sind von der Geometrie her abgemessen und auf Tauglichkeit für die Durchfahrt von breiten Fahrzeugen für Müllabfuhr, Feuerwehr usw. überprüft. An einem Ort haben wir gesehen, dass es Probleme mit dem Mähdrescher gibt und wir haben reagiert. Wir können nicht mehr, als es ernst zu nehmen und über Frechheit will ich in diesem Fall nicht reden. Zum Maximum: Dass wir das Maximum gemacht hätten, trifft sicher nicht zu. Wir haben probiert, angemessene Lösungen zu finden, was uns auch überall dort bestätigt wird, wo die Leute positiv reagieren. Es gibt nicht nur Kritik, es gibt auch Leute, die sehen, dass es eine Gewöhnungsphase braucht, zu Beginn etwas schwieriger und nachher läuft es. Die Verkehrsberuhigung wird gut herauskommen und Pratteln ist nicht die erste Gemeinde, die versetzte Parkplätze einführt. In den anderen Gemeinden gab es auch Wirbel und mit der Zeit man hat sich daran gewöhnt.

Erich Schwob: GR Ruedi Brassel hat vorhin angeschnitten, dass man rechtlich abklären müsse, wenn auf dem Kompetenzstreifen ein Unfall passiere, man eventuell haftbar gemacht würde. Ich sehe das Problem eher dort, wo nun die versetzten Parkplätze auf dem Trottoir sind, ob ich dort haftbar gemacht werde. Dazu kommt, dass die Begegnungen an gewissen Orten nicht sehr kundenfreundlich waren. Ich weiss von jemandem, der bei mir angerufen hat, und buchstäblich „abgeputzt“ wurde, weil sie gefragt hat, was sie dem Kind sagen solle. Man könne dem Kind doch nicht sagen, es solle mitten auf der Strasse laufen. Diese Frau hat dann zu mir gesagt, dass sie ihr Kind in Zukunft mit dem Auto in den Kindergarten bringen werde. Dies wird die Konsequenz sein; die einen werden das Auto nehmen und andere das Velo und diejenigen mit den Autos werden in der Mehrzahl sein. Vor den Schulhäusern lässt sich nicht mehr halten und so werden sie im Parkverbot stehen oder nur halten. Was wir hier machen, ist keine Verkehrsberuhigung. Vor meiner Haustüre steht Tempo-30 und morgen werde ich anrufen, damit es verschoben wird. Bis jetzt hat es mich nicht gestört, aber nun schon.

Andrea Klein: Ich finde es doch extrem ineffizient, wenn jemand am Schreibtisch Parkplätze markiert und quasi der Bevölkerung überlässt, zu merken, dass nun kein Lastwagen oder Abfallwagen mehr durchkommt, die Leute teilweise nicht mehr zu ihrem Haus kommen oder nicht mehr aus den Parkplätzen. Derjenige, der markiert hat, führt einfach einen Job aus, der ihm gesagt wurde und dies heisst, am Boden Farbe zu spritzen. Da beginnt für mich die Ineffizienz. Wenn man etwas gesunden Menschenverstand beim Farbespritzen mitgenommen hätte, hätte dieser seinem Chef angerufen und gesagt, dies kann ich nicht so machen, es ist falsch. Solche Situationen hatte ich gerade 3-mal im Quartier und darum gab es auch Aufruhr. Offensichtliche Fehler sollte man doch nicht umsetzen und warten, bis die Bevölkerung draufkommt.

Roger Schneider: Ich und andere anwesende Einwohnerrätinnen und Einwohner waren aktiv dabei, als die Initiative zu Tempo-30 gestartet wurde. Es kam zur Abstimmung und das Stimmvolk hat es angenommen. Was verärgert, sind vor allem die Parkplatzmarkierungen, die man dazu benutzt, Torsituationen zu schaffen und auch den Verkehr angeblich zu beruhigen. Tatsache ist, dass bis jetzt noch keine einzige Tempo-30-Tafel neu aufgestellt wurde. Man kann also weiterhin mit 50 Km/h durch diese Strassen fahren. Wäre es nicht angebracht, nun damit zu beginnen? Mir ist auch klar, dass man die Vortit-
tsregelungen vorher machen muss, sehe aufgehobene Stopps, neue Leitlinien, aber noch keine Tempo-30-Tafeln. Wann gedenkt der Gemeinderat damit zu beginnen und warum ist dies nicht schon passiert?

Fredi Wiesner: An der letzten Einwohnerratssitzung haben wir erfahren, dass die Parkplätze im Büro geplant und anschliessend vor Ort angeschaut wurden, um nachher vorzuzeichnen und zu markieren. Ich glaube nicht, dass dies stimmt. Man hat ja im Prattler-Anzeiger gesehen, wenn ich einen Parkplatz direkt vor die Türe platziere, hat dies niemand angeschaut und ist nur auf dem Papier entstanden. Wenn man anschaut, was alles gezeichnet wurde, kann ich mir nicht vorstellen, dass irgendjemand vor Ort war, um zu schauen, ob es wirklich funktioniert. Problem ist: Wenn man in Pratteln herumläuft, hat man Vormarkierungen gesehen, die weggekommen sind oder anders realisiert werden oder wegbleiben. Einige wurden definitiv gezeichnet und kamen wieder weg. Letzt-
hin wurden welche mit gelbem Stift umgezeichnet. Für mich ist schwierig, das Definitivum festzustellen und wann man reagieren muss, wenn einem etwas auffällt. Ich nehme an, wenn ich die Ausführungen von vorhin richtig verstanden habe, dass, wenn nun alle Einsprachen behandelt sind und die Bevölkerung informiert, sagt, dass das, was jetzt gemalt ist, definitiv ist und noch einmal Zeit zum Reklamieren bleibt. Sonst weiss ja die Bevölkerung nicht, ob es so ist, wie es sein sollte oder nicht.

Mauro Pavan: Andrea Klein hat nun zwei Mal gesagt und begründet, warum sie es als ineffizient findet. Ich würde gerne von Andrea Klein hören, was sie als effizient oder ein geschicktes Vorgehen empfindet.

Stefan Bregy: Ich habe mir vorgenommen, das Wort heute nicht zu ergreifen, aber es ist nun doch notwendig. Ich bin über die Front der Ablehnung aus dem Einwohnerrat überrascht und auch darüber, wie der verantwortliche Gemeinderat mit langatmigen Erklärungen verneint und beschönigt und versucht, sich herauszureden. Es ist eine gravierende Situation. Meine beiden Kinder sind auch total verunsichert, wenn sie auf dem Schulweg sind und sagen „Papi, ich will zur Schule und muss in der Mitte der Strasse laufen“. Was soll ich meinen Kindern sagen? Es ist schon genug Mist auf der Bühne und ich kann Christoph Pfirter nur beipflichten. Da sind Tätigkeiten, die man machen muss und Andrea Klein hat sie aufgezeigt. Man hat versucht, die Maximalvariante umzusetzen und muss nun einen Schritt zurück machen und die Tempo-30-Zone mit Schildern markieren und erst dann schauen, wo man punktuell mit den Parkplätzen zusätzliche Massnahmen treffen muss. Handlungsbedarf ist angesagt und die Zeit der Ausflüchte und Beschönigungen ist vorbei.

GR Ruedi Brassel: Zu Roger Schneider, warum noch keine Tempo-30-Signalisation steht: Wir haben bei der Verkehrsabteilung Druck aufgesetzt, dass wir dazu die Erlaubnis erhalten. Es ist eine unbefriedigende Situation, dass wir Vormarkierungen und teilweise auch Markierungen haben, aber noch keine Signalisation. Das hängt damit zusammen, dass die Verkehrsabteilung erst dann das Placet zur Publikation geben darf, wenn die Massnahmen ausgeführt sind. Wir haben nun erreicht, dass die Publikation nächstens im Amtsblatt erscheint. Es kann Einsprachen dagegen geben und so lange besteht eine gewisse Unsicherheit. Leider gibt es Personen, die sich nicht an Tempo-30 halten, weil es noch nicht vorgeschrieben ist und so ist die Situation auf der Strasse unbefriedigend. Wir sind mit Hochdruck daran, es zu signalisieren. Dies ist der springende Punkt des Ganzen. Man kann uns vorwerfen, wir seien in der Umsetzung stur und würden das Maximum verlangen. Meiner Meinung ist es nicht so. Wir müssen Massnahmen ergreifen, das ist von der Verkehrsabteilung vorgesehen. Wir haben wenig Massnahmen vorgesehen und beispielsweise keine Schwellen gesetzt und verzichtet, wo immer möglich, auf bauliche Massnahmen und schaffen mit versetzten Parkierfeldern. Dies ist das umzusetzende Konzept. Wir sind auf dem Weg und ich bin der festen Meinung, dass die Akzeptanz steigen wird.

Urs Hess: Die Sturheit von GR Ruedi Brassel fasziniert mich immer wieder. Da ist ein Riesenwirbel im Dorf und man sagt, man hätte nur das Nötigste gemacht. Man hat es nicht gemacht. Man hätte an einem Quartier ausprobieren können, die Tafeln setzen und schauen, ob es funktioniert und nachher bei den anderen Quartieren. Aber nein, man muss alles miteinander machen. Ich habe auch mit Verkehrsinstruktoren geredet. Diese haben ein schlechtes Gewissen, weil sie nicht wissen, was sie den Kindern sagen sollen. Normal sagt man, sie müssten auf dem Trottoir laufen und was sollen sie jetzt sagen? Mitten auf der Strasse, damit sie es nachher auf den anderen Strassen auch machen? Dies ist eine heikle Geschichte. Man kann Tempo-30 signalisieren und die Massnahmen machen. Wenn man alle Massnahmen mit dem Versetzkparkieren eingibt, ist klar, dass man sie zuerst umsetzen muss und dann erst die Tempo-30-Tafeln. Es gibt auch Strassen, in denen man nicht schneller als 30 fahren kann und diese kann man erst einmal so lassen und nur Tafeln setzen. Ich bin überzeugt, auch so erhaltet ihr eine Bewilligung. Zur Fragestunde eine Zusatzfrage: Ist es möglich, vor dem Migros Plätze einzurichten, an denen die Taxis halten können?

Andrea Klein: Die Antwort zur Frage von Mauro Pavan: Effizient ist es dann, wenn jeder beim Arbeiten den Kopf einschaltet. Wenn ich statt vier Vorortbegehungen nur zwei brauche, finde ich es super. Wenn man die Bevölkerung vorher informiert und wenn die Person, die markiert, den Kopf einschaltet, was sie markiert. Weiter ist Effizienz, wenn die Person vorher fragt und nicht erst, wenn vier oder fünf Korrekturen gemacht wurden oder ganze Regionen aufgescheucht werden, wenn sie mit Situationen konfrontiert werden, die Nonsens sind, weil sie in den Plänen Fehler haben, weil 30 cm fehlen, weil sie nicht wussten, dass es am Rand ein Bord gibt, auf dem Kandelaber stehen. Dies ist Ineffizienz.

Christoph Pfirter: Urs Hess hat dich, Ruedi Brassel, stur genannt. Ich selber bewundere dein Selbstbewusstsein, wie man immer nur überzeugt sein kann, wenn seit Wochen Leserbriefe im Prattler-Anzeiger erscheinen, die gegen die Tempo-30-Umsetzung sind. Das bewundere ich an dir und komme einmal zu einer Schulung zu dir, wie man selbstbewusst auftritt. Ich habe vorhin gesagt, man habe oben angefangen. Was würde passieren, wenn wir nur Tempo-30-Tafeln aufgestellt hätten und sonst nichts gemacht? Würden wir bevormundet? Ich glaube nicht. Man hätte dies bei gewissen Strassen machen können und der Gemeinde Pratteln wäre überhaupt nichts passiert. Es wäre Ruhe im Dorf, die Bevölkerung zufrieden und wir haben doch etwas gemacht für Tempo-30. Wenn es nichts genützt hätte, wie Urs Hess vorhin gesagt hat, wären andere Massnahmen zu ergreifen gewesen. Es ist gleich wie in einer Firma; man fängt klein an und wird langsam grösser; man fängt nicht gross an und fällt zusammen.

Mauro Pavan: Der Logik von Christoph Pfirter kann ich sogar folgen. Es wäre schön, wenn es funktionieren würde. Ich persönlich glaube nicht daran, dass es an den meisten Orten funktionieren würde, aber es werden bei uns ja keine baulichen Massnahmen wie Bremsinseln usw. gemacht. Man vergisst oft, und dafür habe ich Verständnis bei jenem Teil der Bevölkerung, der sich ärgert, dass wir nicht nur einen Volksentscheid zu Tempo-30 umzusetzen haben, sondern auch einen Einwohnerratsbeschluss, eine Parkraumbewirtschaftung umzusetzen. Dass beides miteinander gemacht wird, finde ich sehr effizient und so werden Synergien genutzt. Wenn die Parkfelder nicht markiert werden, müsste es ja trotzdem irgendwann gemacht werden, weil die Parkraumbewirtschaftung auch umgesetzt werden muss.

GR Ruedi Brassel: Ich möchte nicht das letzte Wort haben, wäre aber trotzdem froh, die Debatte hier zu unterbrechen. Zur Zusatzfrage von Urs Hess: Wir werden dies prüfen; dieser Vorschlag ist mir bis jetzt nicht bekannt. Einen Güterumschlagsplatz oder Taxihalteplatz dort einzurichten, kann geprüft werden. Zu Christoph Pfirter: Nur einfach Tempo-30-Tafeln aufzustellen dürfen wir nicht. Auch die Gemeinde ist an prozedurale Vorgänge gebunden. Wir haben ein Recht, das einzuhalten ist. Wir können nicht einfach sagen, dass uns nichts angeht, was die Kantonspolizei oder Verkehrsabteilung vorschreiben. Es braucht eine gewisse Rechtssicherheit in allen Gemeinden und darum sind wir an die kantonalen Vorgaben und das Strassenverkehrsgesetz des Bundes gebunden. Wir haben keine Gemeinde-Privatstrassen, auf denen wir machen können, was wir wollen. Dies wäre manchmal einfacher, aber aufs Ganze gesehen ist es so nicht schlecht.

Die Frage mit Zusatzfrage von Urs Hess ist beantwortet und die beiden dringlichen Interpellationen ebenfalls.

Geschäft Nr. 2889

Ersatzwahl für die Rechnungsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode, Walter Keller, FDP-Mitte, anstelle von Martina Häring

Aktenhinweis

- Steckbrief vom 7. Oktober 2014

Es gibt keine weiteren Wahlvorschläge und der Einwohnerrat wählt in stiller Wahl in die Rechnungsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode bis 30. Juni 2016:

://: Walter Keller, FDP-Mitte

Geschäft Nr. 2727

Beantwortung Postulat der SP-Fraktion, Daniela Berger, betreffend "Überdachte Veloständer an der Bahnhofstrasse und im Dorfzentrum"

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 20. August 2014

Das Büro empfiehlt Abschreibung des Postulates

GR Ruedi Brassel: Zu diesem Geschäft wurde bereits verschiedentlich geredet und früher eine Vorlage nicht abgeschrieben. Mittlererweile wurde die Antwort erweitert. Insbesondere wurde im Bereich des Bahnhofs mit Massnahmen begonnen, die dort die Situation nicht nur entspannen; in diesem Bereich stehen dann 500 überdachte Parkplätze, doppelt so viele wie jetzt, zur Verfügung. Dass wir im Bereich der Bahnhofstrasse nichts machen können, ist sehr bedauerlich und müssen es zur Kenntnis nehmen. Im Dorf müssen wir schauen, wo allenfalls etwas im Zusammenhang mit der Dorfkernplanung Schmittiplatz entstehen könnte. Wir sind nicht in der Lage, dort etwas aufzustellen. Wir werden im Rahmen der Planung Schmittiplatz und Dorfkern auf die Situation für Velos zurückkommen.

Kurt Lanz: Stellvertretend für Daniela Berger, die das Postulat eingereicht hat, antworte ich für sie. Drei Jahre ist es seit diesem Vorstoss her und zu bedauern, dass in dieser Zeit in diesem Bereich nichts gegangen ist. GR Ruedi Brassel hat es bereits gesagt: Im Bereich Bahnhofstrasse bedauert der Gemeinderat ebenfalls, dass er dort nichts realisieren kann. Ich hoffe jedoch, wenn es mal so weit sein sollte, dass im Bereich der neuen Gemeindeverwaltung das Velo geschützt abgestellt werden kann, was jetzt nicht möglich ist, egal, ob ich die Bibliothek oder Ludothek besuche oder einkaufe. Es wäre toll, wenn es an der Bahnhofstrasse tatsächlich einen gedeckten Platz gäbe. Auch im Bereich Burggarten wären gedeckte Veloabstellplätze toll. Hier vorne gibt es einige wenige, die man vielleicht erweitern kann. Daniela Berger und ich sind etwas enttäuscht, dass der Gemeinderat in diesen drei Jahren nicht so gehandelt hat, dass man etwas sehen würde. Wir nehmen die Abschreibung zur Kenntnis, wehren uns nicht dagegen, und es besteht die Möglichkeit, wieder ein neues Postulat einzureichen. Im Namen von Daniela Berger und mir teile ich mit, dass wir enttäuscht sind, dass fast nichts gegangen ist, ausser im Bahnhofareal, auf dem auch ohne Postulat etwas gegangen wäre.

Erich Schwob: Ich bin froh, dass das Postulat abgeschrieben wird. Ich finde es gut, wenn dort, wo man aufs Tram oder zum Bahnhof fährt, Velos parkiert werden können. Aber ob es nun vor dem Coop einen Veloständer hat, ist mir nicht so wichtig. Ich finde es schade, dass man überhaupt darüber nachdenkt, Geld auszugeben, um das Velo eine Viertelstunde im Regen stehen zu lassen. Ich finde dies total blöd. Wenn es der Strasse entlang noch mehr Veloständer gäbe, wäre die Strasse noch weniger übersichtlich und dies finde ich nicht gut. Darum bin ich froh, wenn es abgeschrieben wird.

Kurt Lanz: Ich habe selbstverständlich eine andere Vorstellung als Erich Schwob. Zum Grundsatz: Jedes Auto, das wir von der Strasse wegbringen, ist ein Gewinn für diejenigen, die das Auto brauchen müssen. Dauernd hören wir, wie verstopft unsere Strassen sind, dauernd hören wir von annäherndem Verkehrskollaps und das Einzige, was wir effizient dagegen machen können, ist, dass möglichst viele Leute Lust bekommen, auf ein Velo umzusteigen. Es werden weniger Schadstoffe in die Luft emittiert, das Velo ist energiefreundlicher und man kann sich noch sportlich betätigen. Weiter können wahrscheinlich fünf Velos auf einen Parkplatz gestellt werden und sind platzeffizient. Wenn wir schon darüber diskutieren, wo wir Parkplätze machen, dann hat das Velo auch sein Recht. Ich wünsche mir, dass man nicht nur dauernd davon redet, wie toll es wäre, wenn

die Leute aufs Velo umsteigen. Ich wünsche mir, dass man dies auch vorlebt und die Leute gluschtig macht aufs Velofahren. Aber hier ist unsere Gesellschaft noch weit davon weg davon und dies bedaure ich sehr.

Erich Schwob: Mich interessiert, wie Kurt Lanz aufs Auto kommt. Es hat niemand etwas von nur einem einzigen Autoparkplatz gesagt. Ich fahre sehr viel Velo und ins Dorf nehme ich das Auto schon lange nicht mehr. Ich fahre mit dem Velo zum Coop, kann es wunderbar vorne hinstellen und auch beim Migros habe ich einen gedeckten Platz. Wie mein Velo draussen steht, wenn ich im Coop bin, interessiert mich nicht. Bei der Post wäre ein gedeckter Parkplatz und ich könnte von dort aus zum Coop laufen, aber dies wäre nicht effizient. Wenn wir vor jedem Laden einen gedeckten Veloständer bauen würden – höre auf zu träumen, Kurt Lanz.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 35 Ja zu 0 Nein bei 1 Enthaltung:

://: Das Postulat 2727 wird als erfüllt abgeschrieben.

Geschäft Nr. 2895

Interpellation der SP-Fraktion, Bruno Baumann, betreffend „Kontrolle ist die beste Prävention“

Aktenhinweis

- Interpellation der SP-Fraktion, Bruno Baumann, betreffend „Kontrolle ist die beste Prävention“ vom 25. August 2014

GR Ruedi Brassel: Frage: *Führt die Gemeinde Pratteln die Radarkontrollen selbst durch oder lässt sie sie durchführen?* Ja die Gemeindepolizei führt die Radarkontrollen auf den Gemeindestrassen selbst durch. Die Berechtigung für die Durchführung von Radarkontrollen auf Kantonsstrassen hat nur die Kantonspolizei. Frage: *Wie viele Radarkontrollgeräte besitzt die Gemeinde?* Die Gemeinde besitzt ein Radargerät, die Anschaffungskosten liegen zwischen CHF 75'000 – 100'000. Frage: *Wie häufig werden in der Gemeinde Radarkontrollen durchgeführt (wöchentlich, monatlich)?* In der Regel werden vier Radarkontrollen wöchentlich an unterschiedlichen Standorten und Tages- oder Nachtzeiten durchgeführt. Mit dem neu beschafften Radarfahrzeug lassen sich künftig auch Radarkontrollen ohne eine permanente Überwachung der Anlage durch eine Person vornehmen. Frage: *Ist der Gemeinderat auch der Meinung, dass für Radarkontrollen nicht die Polizei „missbraucht“ werden sollte, weil sie eigentlich andere Aufgaben hat?* Nein, der Gemeinderat ist der Auffassung, dass die Radarkontrollen von der Polizei durchgeführt werden. Es handelt sich um eine hoheitliche Massnahme und die Kontrolltätigkeit ist nicht immer risikolos; Beschimpfungen gehören zur Tagesordnung. Auch Drohungen und Beschädigungen sind Bestandteil der Radarkontrollen. Rein aus Sicherheitsgründen hält der Gemeinderat an Radarkontrollen durch die Gemeindepolizei fest. Frage: *Hat sich der Gemeinderat mit einer Auslagerung der Radarkontrolltätigkeit schon mal befasst? Wenn Ja, wie ist das Ergebnis?* Ja, die Abteilung Dienste/Sicherheit hat sich mit einer Auslagerung der Radarkontrolltätigkeit vor vier Jahren befasst. Die Radarstunde inkl. Miete der Radaranlage wurde mit CHF 450 pro Stunde offeriert. Mit 20 Stunden Einsatz pro Monat hätte dies CHF 9'000 gekostet und aus Kostengründen und der starken Einschränkung der Flexibilität wurde auf eine Auslagerung verzichtet. Wir halten die Absicht der Interpellation „Kontrolle ist die beste Prävention“ hoch. Der Erfolg zeigt auch, dass die Radarkontrollen in den letzten Jahren weniger Einnahmen gebracht haben, weil es weniger

Verkehrsüberschreitungen gab. Das ist, was wir wollen und nicht ein Maximum an Bussen. Wir wollen von der Gemeindepolizei aus präventiv wirken.

://: Der Rat beschliesst stillschweigend **Diskussion**.

Bruno Baumann: Ich habe im Prattler-Anzeiger gelesen, dass in Muttenz genau aufgeführt wird, wann, wieviele und welche Kontrollen gemacht wurden und wie viele gebüsst verzeigt wurden usw. Lässt sich dies für Pratteln auch machen, eine Aufstellung vielleicht vierteljährlich und wir wissen, wie viele Verzeigungen es gab, wo zu schnell gefahren wird usw. Die Angaben von Muttenz habe ich als sinnvoll empfunden. Ich bitte den Gemeinderat, zu prüfen, ob man dies in Pratteln auch einführen kann, wie es Muttenz hat. Kostet ein neues Radargerät CHF 75'000 – 100'000 oder das alte?

Patrick Weisskopf: Thema ist nun „Kontrolle als Prävention“ und wir haben immer nur von Radaranlagen und Bussenverteilen gesprochen. Mir fällt auf, dass in vielen Gemeinden die Smileys hängen und ab und zu auch in Pratteln. Genau diese Smileys sind etwas Sinnvolles, die auch die Eigenkontrolle verstärken. Es ist also sinnvoll, wenn sich die Gemeinde Gedanken macht, ob die Smileys besser eingesetzt werden können, gerade zu Beginn der Umsetzung von Tempo-30. Mit der Eigenkontrolle realisieren die Leute, wie schnell man ist, wenn man beispielsweise vom zweiten in den dritten Gang schaltet.

GR Ruedi Brassel: Wir führen die Statistik der Kontrollen jeweils im Amtsbericht. Dort ist es nicht so stark spezifiziert, wie du es gerne hättest. Man kann auch nachfragen. Wir nehmen diese Anregung entgegen und prüfen, möchten aber auch nicht jeden zweiten Monat eine Statistik im Prattler-Anzeiger. Man könnte diese Aspekte über einen längeren Zeitraum verfolgen und ab und zu darüber berichten. Danke für die Anregung. Zu den Smileys: Wir haben zwei davon und diese werden regelmässig eingesetzt und es könnten auch mehr davon angeschafft werden. Wenn die Standorte immer wieder gewechselt werden, ist es gut und sie sind tatsächlich hilfreich.

Die Interpellation ist beantwortet.

Geschäft Nr. 2096

Totalrevision Reklamereglement – 2. Lesung

Auf dem Referentenplatz befindet sich Dieter Härdi, Abteilungsleiter Bau und steht für Auskünfte zur Verfügung. Es wurde bereits früher auf das Geschäft eingetreten und heute folgt die 2. Lesung.

Lesung

Gelesen werden die einzelnen Paragraphen.

- § 1 Zweck
- § 2 Geltungsbereich
- § 3 Bewilligungspflicht
- § 4 Ausnahmen von der Bewilligungspflicht
- § 5 Ausgestaltung von Reklamen
- § 6 Unzulässige Reklamen zu den vorstehenden §§ gibt es keine Wortmeldungen.

§ 7 Beleuchtung von Reklamen

GR Rolf Wehrli: Im Titel heisst es „Beleuchtung von Reklamen“ und darunter steht „Für beleuchtete Reklamen gelten die Bestimmungen des Polizeireglements“. Dieser Satz soll so abgeändert werden „Für Reklamen gelten die Bestimmungen des Polizeireglements“.

Fortsetzung der Lesung

§ 8 Allgemeine Definition

§ 9 Strassenreklamen

§ 10 Firmenanschriften und Eigenreklamen

§ 11 Fremdreklamen

§ 12 Temporäre Plakatierung

§ 13 Bau-, Vermietungs- und Verkaufsreklamen

§ 14 Dachreklamen

§ 15 Grossformatplanen

§ 16 Werbeballone

§ 17 Plakatanschlagstellen

§ 18 Vielzahl von Betrieben

§ 19 Kernzone und Schutzobjekte

§ 20 Wohnzone zu den vorstehenden §§ gibt es keine Wortmeldungen.

§ 21 Wohn-Geschäftszone und Zentrumszone

Fredi Wiesner: Auf dem Tisch liegen die Anträge der Fraktion FDP-Mitte. Wir haben diese in unserer Fraktion diskutiert und sind der Meinung, dass man in §§ 22 und 23 eine leichte Erhöhung machen sollte, damit das Reglement das abdeckt, was in Pratteln gegenwärtig zu sehen ist. Der Wunsch ist, dass man erhöht. Wir sind aber mit der hier vorgeschlagenen Erhöhung nicht ganz einverstanden, weil das Gewerbe bzw. die Klein- und Mittelbetriebe gar nicht die finanziellen Mittel haben, so grosse und zahlreiche Werbung zu machen. Es würde ein Schilderwald entstehen oder etwas, das man nicht mehr gut anschauen kann. Warum nun § 21? Wir haben zu § 22 und 23 den Antrag „Alle Fahnen müssen gleich gross sein und der gegenseitige Abstand darf höchstens 5 m betragen“. Wenn dies in § 22 gestrichen wird, muss man in § 21 auch streichen: „Alle Fahnen müssen gleich gross sein und der gegenseitige Abstand darf höchstens 5 m betragen“.

Anträge vom Fredi Wiesner

Gert Ruder: Eine Bemerkung zum Verfahren: Der von Fredi Wiesner vorgeschlagenen Punkt kommt auch noch bei den §§ 22 und 23, wie er gesagt hat. Ich schlage vor, die Beratung der Anträge, die schon auf dem Tisch liegen, zuerst durchzuführen und anschliessend, wenn klar ist, dass der Zusatz gestrichen wird, dies gleichzeitig für alle drei Paragraphen zu machen. Dies auch im Interesse der Gleichheit der Materie.

Andreas Seiler: Wir haben damals in der BPK einstimmig beschlossen, dass man in diversen Paragraphen den Begriff „Gebäude“ durch „Betrieb“ ersetzen will und dies im Sinn der Regelung der äusseren Wahrnehmung. Wenn wir dies ändern - so heisst dies, und darauf sind wir bei der 1. Lesung in der Fraktion darauf gestossen - dass wir das Reglement verschärfen. Gerade in der Gewerbe- und der Industriezone sind oft mehrere Betriebe in einem Gebäude. Darum stellt die Fraktion FDP-Mitte die vor euch auf dem Tisch liegenden Anträge. Einerseits wollen wir sowohl in der Gewerbe- als auch Industriezone - und nur in diesen beiden - die Anzahl Reklameschilder verdreifachen, weil wir davon ausgehen, dass es drei Betriebe in einem Gebäude hat und die Anzahl Kuben und Pylone verdoppeln. Die Anzahl der Flaggen bleibt gleich, aber wir sind der Meinung, dass die Einschränkung, dass sie gleich gross sein müssen und einen Abstand aufweisen sollen, zu streichen ist. Wir sind auch damit einverstanden, dass man dem Antrag

der SVP zustimmt. Zum Verfahren: Ich bitte darum, über die beiden Anträge Streichen der Fahnen und die Anzahl der Reklameelemente, separat abzustimmen.

Kurt Lanz: Das Abstimmungsverfahren, über die Fahnen abzustimmen und nachher über die einzelnen Mengen, sehe ich auch wie Andreas Seiler. Allerdings habe ich mit den von der FDP-Mitte vorgeschlagenen Mengen Mühe. Wenn man von einer leichten Erhöhung redet und die Erhöhung geht beispielsweise in der Gewerbezone von zwei auf sechs, dann erzähle ich ihnen noch einmal dasselbe wie letztes Mal. Es ist keine mässige Anhebung, sondern eher eine saumässige Erhöhung. Aus diesem Grund bitte ich, dem Antrag so nicht zuzustimmen. Ein Teil unserer Fraktion könnte vielleicht noch gewonnen werden, wenn man statt beispielsweise statt zwei neu drei nehmen würde. Dies wäre für uns eine mässige Erhöhung, aber garantiert sicher nicht so viel; Fredi Wiesner hat es auch schon gesagt. Ich bin nicht ganz sicher, ob es zu Freude des Gewerbes ist, sondern zur Freude der Industrie und ich denke, wenn man etwas für das Gewerbe machen will, wofür hierin viele Leute einstehen, bin ich nicht sicher, ob man mit so grossen Erweiterungen dem Gewerbe einen Gefallen macht. Das Gewerbe kann sehr gut damit leben, wie es hier formuliert ist und daher bitte ich sie, auf diese massive Erhöhungen der FDP-Mitte-Fraktion nicht einzugehen.

Fredi Wiesner: Zur Gewerbezone und Industriezone und den Reklameschildern und den Kuben: Wenn wir die Reklameschilder anschauen und die Industriezone, sind dort neun pro Gebäude möglich. Vorher hiess es Betrieb, dies ist richtig. Es können in einem Gebäude mehr als ein Betrieb sein. Industriezone ist zum Beispiel Magnetreal, Ex-Schindler, und darauf sind sechs Gebäude und sechs Mal neun Tafeln, da kann jeder selber ausrechnen, wie viele Tafeln man aufstellen kann. Notabene ist eine Tafel 3 m² gross. Darum etwas gemässiger und dann kommen wir besser zurecht. Ich sage noch die Zahlen zur Gewerbezone. Dort schlagen wir vor: Reklameschilder drei statt zwei, Kuben auch zwei, Pylonen zwei und in der Industriezone wären anstatt drei neu fünf möglich. Zwei Kuben anstelle von einem und Pylone drei statt zwei. Dies unser Vorschlag.

Andreas Seiler: Ich erinnere daran, dass in der ursprünglichen Fassung des Gemeinderats, in der es „pro Betrieb“ hiess, in der Gewerbezone zwei Stück pro Betrieb vorgeschlagen waren und in der Industriezone drei. Wenn wir von drei Betrieben ausgehen, waren auch neun vorgesehen und damals gab es keinen grossen Aufschrei im Saal und man hat die Anzahl auch nicht gross diskutiert. Wenn wir nun von zwei auf drei hinaufgehen, scheint mir dies wenig und darum bin ich der Meinung, die Erhöhung ist nicht überrissen. Wir müssen auch im Blick haben, dass es nicht um den Dorfkern geht oder historische Gebäude, sondern um die Industriezone mit Zweckbauten und man auch sehen soll, wo welche Firma ist und sie auch in einem grösseren Areal finden. Weiter ist zu berücksichtigen, dass es in diesen Arealen oftmals mehrere Seiten gibt, von denen die Gebäude einsehbar sind und daher verteilt sich diese Anzahl auch auf mehrere Seiten. Darum halte ich an unserem Antrag fest und hoffe, dass uns möglichst Viele folgen.

Mauro Pavan: Andreas Seiler hat recht. Damals ging kein grosser Aufschrei durch den Saal wegen der Anzahl, weil man das Geschäft ja an die BPK überwiesen hat. Bei der Kommissionsberatung warst du ja dabei. Ich frage mich nun, warum es nicht schon dort diskutiert wurde und dir dort nicht aufgefallen ist. Anschliessen wird sich unsere Fraktion den überrissenen Erhöhungsvorstellungen sicher nicht. Die Tafel, die hier steht, ist nicht einmal ganze 2 m² gross. Sechs solcher Schilder, die hier stehen oder neun, eineinhalb Mal so grosse in der Industriezone - und dazu sehe ich keinen Grund.

Gert Ruder: Zum nicht gehörten Aufschrei rufe ich Andreas Seiler in Erinnerung, dass er selber als Vizepräsident in der BPK auch nicht aufgeschrieben hat, als er fünf Wochen lang Zeit hatte, Stellung zum Kommissionsbericht zu nehmen, sondern am Schluss der Frist dem Bericht auch zugestimmt hat. So laut würde ich dir empfehlen, nicht aufzutreten, weil du genug Gelegenheit in der Kommission hattest, deine Meinung einzubringen.

Ich bin etwas enttäuscht, dass ihr so sehr auf euren Anträgen besteht, wenn der Kollege aus der SVP-Fraktion einen Vorschlag zur Güte gemacht hat.

Kurt Lanz: Als Auch-Mitglied der BPK bemerke ich: Natürlich hat es keinen Aufschrei gegeben und gehe davon aus, dass der Rat das Geschäft an die BPK überwiesen hat, dass sie dieses prüft, weil es möglicherweise zu viel und nicht zu wenig Reklame gibt. Das Geschäft ist vielleicht unter dem Motto, dass Planzer doch zu gross ist, an die BPK überwiesen worden, und die BPK hat immer gesagt, dass sie keine Lex Planzer macht. Ich habe das Gefühl, dass wir in der Kommissionsberatung nachsichtig über die Grösse und Verteilung usw. diskutiert haben. Wenn man zwingend auf jede Seite des Gebäudes in der Industriezone eine Reklametafel stellen will, müssten wir das nächste Mal sehen, dass wir eine Spezialzone bewilligen, in der man fünfeckige Gebäude erstellen kann, dann gibt es eine Seite mehr und wir sind ja mit fünf Tafeln zufrieden.

Andreas Seiler: In der BPK gab es keinen Aufschrei, weil wir uns in der BPK gar nicht angeschrien, sondern seriös diskutiert haben. Das mit den fünfeckigen Häusern funktioniert nicht, weil es die Projektionsfläche ist, die zählt. Dies haben wir in der BPK auch mal besprochen. Ich bin der Meinung, der Einwohnerrat kann nun Stellung beziehen, wie sehr er das Gewerbe einschränken will oder nicht und ich gehe davon aus, dass die beiden Anträge einander gegenübergestellt werden und wir dann sehen, was eine Mehrheit findet.

Urs Hess: Für die FDP: Es geht um freistehende Reklamen und nicht um die Reklamen an Fassaden. Dort gilt eine andere Einschränkung, nämlich 2 m² pro Tafel. Es geht ja ums Freistehende und ihr könnt euch einen Ruck geben, damit wir eine gute Lösung finden.

Fredi Wiesner: Urs Hess hat es bereits gesagt. Es geht hier nicht um Fassadenreklame, sondern wirklich nur um das, was vor dem Haus an der Strasse steht. Eine Flut von Reklameschildern haben wir schon jetzt in privaten Vorgärten. Wollen wir eine noch grössere Flut? Patrick Freund hat das letzte Mal gesagt, dass, wenn wir das Reglement annehmen, eines der schärfsten Reglemente hätten. Ich habe das Reglement von Aesch genommen, dass etwas gleich gross ist und dieselben Probleme hat wie wir, und festgestellt: Hinten dürfen sie mehr machen, aber vorne im Reglement steht, dass sie entweder Das oder Das oder Das nehmen müssen und dann ist plötzlich die Anzahl hinten viel kleiner. So gesehen ist ein Reklamereglement immer ein Ganzes und irgendwo sind immer Einschränkungen und irgendwo wird etwas freigegeben. Ich bitte euch, dies nicht so masslos zu erhöhen, damit wir nicht einen Schilder- und Kubenwald vor den Gebäuden haben. Im Magnetareal, es sind mehrere Betriebe dort, sind Pylone aufgestellt; ein solcher darf sechs Meter hoch sein und im Prinzip zwei Meter breit. Was kann man darauf alles präsentieren und warum brauche ich dann davon viele? Dies macht kein Arealbesitzer. Warum etwas heranzüchten, was gar nicht nötig ist?

Stephan Bregy: Ich finde es nicht fair, dass man Andreas Seiler angreift, weil er seine Meinung in der Zwischenzeit geändert hat. Jeder hierin kann intelligenter werden und durch neue Reflektionen in den Fraktionen zu einem neuen Schluss kommen. Er präsentiert euch ja den Antrag der FDP-Mitte und so ist es nicht fair, wenn man auf die Person spielt. Wir sind intensiv in der Detailberatung; wer weiss schon, wie viele Pylone usw. adäquat sind? Dies können wir nicht abschliessend beurteilen. Ich finde es irritierend, dass man so genau sagen will, was nachher in der Realität passieren würde. Mit dem liberalen Gedankengut, das ich hier verrete, finde ich es besser, dem Gewerbe eine gewisse Freiheit zu geben und würde sagen „In der Gewerbezone und in der Industriezone gibt es maximal die Möglichkeit ...“ Man kann davon ausgehen, dass es nachher nicht einen ganzen Wald von Reklameschildern gibt. Es ist die Möglichkeit gegeben, dass es mal passieren könnte, aber eine liberale Haltung ist mein Anspruch.

Andreas Seiler: Nach Rücksprache mit meinen Fraktionskollegen ziehen wir unseren Antrag zurück und unterstützen den Antrag der SVP. Wir hoffen, dass dies in der Praxis ausreichend ist. Es bringt nichts, einen offensichtlichen chancenlosen Antrag zu stellen und werden verfolgen, ob es wirklich so ist oder ob wir an Grenzen stossen mit den verschiedenen Auslegungen was und wie gross und in welcher Zone sein darf.

Fredi Wiesner: Ich danke der Fraktion FDP-Mitte für den Rückzug ihres Antrages. Kurt Lanz oder Gert Ruder haben das letzte Mal gesagt, dass wir ein Reglement haben, das nicht in Stein gemeisselt ist. Wir müssen mit diesem Reglement schaffen, und falls es schwerwiegende Probleme gibt, anpassen. Man kann heute nicht sagen, was richtig oder falsch ist, sondern wir denken, es sei richtig, und wie es schlussendlich herauskommt, wird sich zeigen, wenn die Verwaltung dies begutachten und Bewilligungen ausstellen muss.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und die Debatte zu den §§ 21, 22 und 23 ist abgeschlossen. Es folgen die Abstimmungen:

Abstimmung zu § 21 Abs. 3: Streichung des Satzes mit den Fahnen

://: Der Rat stimmt dem Antrag mit grossen Mehr zu.

Abstimmung zu § 22 Abs. 2 mit den folgenden Formulierungen:

Reklameschilder:

Fläche max. 2 m² und max. **3** (statt 2) Stk. pro **Gebäude** (statt Betrieb)

Kuben:

Inhalt max. 1.5 m³, Höhe max. 3 m und max. **2** (statt 1) Stk. pro **Gebäude** (statt Parzelle)

Pylonen:

Breite max. 2 m, Höhe max. 6 m, Tiefe max. 0.5 m und max. **2** (statt 1) Stk. pro **Gebäude** (statt Betrieb)

://: Der Rat stimmt dem Antrag mit grossen Mehr zu.

Abstimmung zu § 22 Abs. 2: Streichung des Satzes mit den Fahnen

://: Der Rat stimmt dem Antrag mit grossen Mehr zu.

Abstimmung zu § 23 Abs. 2 mit den folgenden Formulierungen:

Reklameschilder:

Fläche max. 3 m² und max. **5** (statt 3) Stk. pro **Gebäude** (statt Betrieb)

Kuben:

Inhalt max. 2 m³, Höhe max. 3.5 m und max. **2** (statt 1) Stk. pro **Gebäude** (statt Parzelle)

Pylonen:

Breite max. 2 m, Höhe max. 6 m, Tiefe max. 0.5 m und max. **3** (statt 2) Stk. pro **Gebäude** (statt Betrieb)

://: Der Rat stimmt dem Antrag mit grossen Mehr zu.

Abstimmung zu § 23 Abs. 2: Streichung des Satzes mit den Fahnen

://: Der Rat stimmt dem Antrag mit grossen Mehr zu.

Fortsetzung der Lesung

- § 24 OeWA-Zonen und Quartierpläne
- § 25 Ausnahmen
- § 26 Grundsätze
- § 27 Gebühren
- § 28 Gültigkeitsdauer und Widerruf
- § 29 Unterhalt
- § 30 Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes
- § 31 Strafbestimmungen
- § 32 Rechtsmittel
- § 33 Aufhebung bisherigen Rechts
- § 34 Inkrafttreten zu den vorstehenden §§ gibt es keine Wortmeldungen.

GR Rolf Wehrli: An der Einwohnerratssitzung vom 25.8.2014 wurde für § 7 „Beleuchtung von Reklamen“ die Formulierung beschlossen „Für beleuchtete Reklamen gelten die Bestimmungen des Polizeireglements“. Die Formulierung „beleuchtete Reklamen“ ist hier nicht treffend. Einerseits entspricht sie nicht dem Titel und andererseits wird so nicht die Betonung auf die Beleuchtung gelegt. Das Polizeireglement regelt nur die Beleuchtung, die Vorschriften zu Reklame selbst (Grösse usw.) sind dem Reklamereglement zu entnehmen. Um hier Missverständnisse zu vermeiden, sollte folgende Formulierung gewählt werden „Für die Beleuchtung von Reklamen gelten die Bestimmungen des Polizeireglements“. Es handelt sich um eine formelle Angelegenheit zur Vermeidung von Missverständnissen.
Antrag von GR Rolf Wehrli

Kurt Lanz: Ich stelle fest, dass GR Rolf Wehrli das Reglement ganz genau gelesen hat und finde die vorgeschlagene Formulierung besser. Ich bitte sie, dem Antrag zuzustimmen.

Abstimmung über den Antrag von GR Rolf Wehrli

://: Der Rat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Schlussabstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Die Totalrevision des Reklamereglements wird verabschiedet.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist:
1. Dezember 2014.

Geschäft Nr. 2894

Sondervorlage: Bewilligung Baukredit von CHF 1'845'000 für den Neubau Infrastruktur Hexmatt (Duschen- und Garderobengebäude) auf Parzelle 1045, Hexmatt

Auf dem Referentenplatz befindet sich Dieter Härdi, Abteilungsleiter Bau und steht für Auskünfte zur Verfügung. Das Büro schlägt Eintreten und Direktberatung vor.

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 3. September 2014

GR Rolf Wehrli: Für die Planung des neuen Dusch- und Garderobengebäudes auf der Sport- und Freizeitwiese Hexmatt sind im Investitionsbudget CHF 100'000 enthalten. Die bisherige Planung bis zum vorliegenden Antrag über den Baukredit ist von der Baukommission als Vertreter der Hexmattbenutzer, von der Gemeinde und dem Generalplaner begleitet worden. Ziel war und ist eine nachhaltige Zweckbaute für einen geordneten Betrieb auf der Hexmatt. Die Kosten für die Planung konnten eingehalten werden. Die Freizeit- und Sportwiese Hexmatt kann ohne den Infrastrukturbau nicht vernünftig genutzt und betrieben werden. Dies ist uns allen klar. Die heutige Situation mit Dusche im Untergeschoss des Kindergartens ist schon seit Jahren nicht mehr haltbar und eine Sanierung an diesem Standort nicht sinnvoll. Der erste Teilbereich mit Lagerraum ist bereits realisiert; mit den BLT konnte seinerzeit beim Bau des Gleichrichtergebäudes auf unserer Parzelle ausgehandelt werden, dass über den technischen unterirdischen Gleichrichter zu lasten der BLT ein Lagerraum erstellt werden konnte und die alte WC-Anlage von der Gebäudehülle her neu umfasst wird. Der realisierte Lagerraum weist eine Fläche von rund 80 m² auf und wird von den Vereinen bereits genutzt. Wäre dies mit den BLT nicht zustande gekommen, hätte die Gemeinde den Lagerraum ins Raumprogramm des vorliegenden Projektes mit zusätzlichen Kosten in der Grössenordnung von CHF 100'000 aufnehmen müssen. Das vorliegende Projekt hat Qualität: Es ist eine funktionstüchtige Zweckbaute mit Dusche und Garderobe. Somit sind ein geordneter Betrieb und eine geordnete Nutzung für Sport und Spielzwecke möglich. Grundlage für die drei Garderoben ist eine Vollbelegung mit dem aktuellen Belegungsplan der Hexmatt. Gegenüber der approximativen Kostenschätzung von CHF 1.2 Mio. mittels einer Vorprojektstudie haben sich in der konkreten Planung Baukreditkosten von CHF 1.845 Mio. ergeben. Für das heute erforderliche Projekt mit der Teilunterkellerung für die Technik musste von 190 m² auf 248 m² vergrössert werden plus 50 m² fürs Vordach gegen die Sportwiese, das als Wetter- und Regenunterstand dient. Der erhöhte Technikanteil incl. Solaranlage auf dem Dach ist nötig, um den Bedarf des Gleichzeitigkeitsfaktors von 60 Personen abzudecken. Das Gebäude weist eine nachhaltige Materialisierung auf und ist damit unterhaltsarmer. Es handelt sich um einen Minergiebau und tangiert die Spielfelder der Hexmatt nicht. Die gesamte Einrichtung und Ausstattung ist enthalten. Die erhöhten Kosten entstanden durch die notwendige Gebäudetechnik wie Heizung, Warmwasseraufbereitung, Lüftungsanlagen usw. Wir sprechen von einem Zweckbau ohne Schnickschnack. Der Versuch von Minderkosten hat gezeigt, dass nur geringe Einsparungen durch Minderausführungen erreicht werden. Es ergibt keinen Sinn, kurzfristig zu sparen und den zukünftigen Betrieb empfindlich einzuschränken. Selbstverständlich haben wir auch beim Kanton um Subventionen oder Beiträge bemüht und die schriftliche Mitteilung erhalten, dass wir keinen Betrag erhalten. Wir bauen ein neues Dusch- und Garderobengebäude für die nächsten Jahrzehnte. Dieses Gebäude muss nachhaltig sein und gute Qualität aufweisen. Ich bitte sie, auf die Vorlage einzutreten und dem Baukredit zuzustimmen.

Diskussion zum Eintreten

Kurt Lanz: Grundsätzlich ergab die Diskussion in der SP-Fraktion nicht, dass bestritten wäre, das dort irgendetwas gemacht werden muss. Das jetzt dort stehende „Ghütt“ hat diesen Begriff verdient und man kann dem weder Garderoben- noch Materialhäuschen sagen. Als wir allerdings die Kosten mit CHF 1.845 Mio. sahen, kam bei uns die Frage auf „Was ist denn hier so teuer?“ Wenn man dort ein Einfamilienhaus mit Schlafzimmer usw. aufstellen würde, käme man nicht auf CHF 1.845 Mio. Dies hat dazu geführt, dass wir nicht richtig wussten, was mit dem Geschäft zu machen sei. Eine Möglichkeit wäre eine Überweisung an die BPK; wir schauen aber jetzt, was grundsätzlich die Meinung Anderer in diesem Rat ist.

Patrick Weisskopf: Auch die Unabhängigen haben das Geschäft angeschaut und sind zum Beschluss einer Rückweisung gekommen. Warum eine Rückweisung und was bedeutet dies? Wir haben folgende Gründe: 1. Fehlende Unterstützung von Kanton und KASAK bzw. Swisslos Sportfonds 2. Zur Festlegung der Prioritäten: Wir sehen, dass zurzeit der Schwerpunkt auf der Sportanlage Sandgruben liegt und wir auch dort auf ein neues Garderobengebäude warten. 3. Das hier vorliegende Konzept für den Halbjahresbetrieb ist zu teuer für das, was es bietet. Man sollte dies in ein Gesamtkonzept einbetten und dann probieren, an KASAK-Gelder zu kommen. Das Gesuch wurde zurückgewiesen, weil das KSA bzw. Swisslos Sportfonds gefunden hat, es handle sich nicht um ein überregionales Projekt. Weitere Ablehnungsgründe wurden nicht genannt. Wenn man den Ausführungen zuhört, erfährt man, dass dort die Football Gladiators und Pratteln United trainieren und gerade die Gladiators wären eine American Footballmannschaft in der Nationalliga A, die sogar im Jahr 2014 Meister wurde. Aus unserer Sicht gibt es zu bedenken, dass sich Salina Raurica weiter entwickelt, dass mehr Einwohner kommen und das Ganze wird langfristig einen Druck geben. Wir sind der Meinung, noch einmal genau aufzuarbeiten, wie sich der Bedarf an Sportanlagen weiter entwickelt, so dass man in naher Zukunft im Gebiet Lachmatt zusammen mit Muttenz eine Sportanlage mit überregionaler Bedeutung erhält und dann an die Sportotto-Gelder kommt. Bei KASAK 3 muss man wissen, dass sehr viel Geld in Schwimmbäder gehen soll. Eines der grössten Projekte ist ein 50-Meter-Hallenbad und dieses ist, soweit ich weiss, nicht in Realisierung. Wenn wir auf dieses Geschäft eintreten, vergeben wir ein für alle Mal, KASAK-Gelder zu erhalten; in der Regel werden 25 bis 30 Prozent gesprochen. Wenn wir es zurückschieben und nicht Eintreten, haben wir die Möglichkeit, dies auf später zu terminieren. Es muss sich somit jeder hierin die Frage stellen, ob er Steuergelder ausgeben oder an die Sportotto-Gelder kommen will. Im weiteren bin ich der Meinung, dass der Steuerzahler das Recht hat, zuerst die Sandgruben-Sportanlagen abzuschliessen. Dort planen wir ja ein Garderobengebäude in der Grössenordnung von CHF 4.16 Mio. Das Gebäude dort ist auch in vorfabrizierter Holzbauweise gedacht. Auch in der Hexmatt hiess es zuerst, es käme eine Holzbauweise und nun sind wir bei einer Massivbetonbauweise mit einer Verteuerung der Kosten, weil es noch eine Heizung und Lüftung gibt usw. Ich befürchte sehr, dass nun dasselbe in der Sandgrube passiert, dass nun plötzlich etwas Massives mit Mehrkosten kommt. Als wir im Einwohnerrat über den Planungskredit Sandgruben geredet haben, war geplant, dass die Sandgrube auch im Herbst 2014 vor den Einwohnerrat kommt mit Abstimmung im März 2015. Ich bin der Meinung, man solle den Fahrplan einhalten, jetzt über Sandgruben reden und erst später über die Hexmatt. Sonst erleben wir wieder dasselbe mit Kostenüberschreitungen beim Feuerwehrmagazin. CHF 1.845 Mio. für Gebäude, die im Halbjahresbetrieb genutzt werden, ist viel zu viel. Wenn wir es aber in ein Gesamtkonzept einbetten - dieses müsste nun prä-sentiert werden - könnte ich es mir eher wieder vorstellen. Ich habe bei anderen Gemeinden geschaut, die auch solche Gebäude erstellen und diese kriegen dies in einem Bereich von unter CHF 1 Mio. hin. Darum glaube ich, dass der ursprünglich vorgesehene Kredit von CHF 1.2 Mio. ausreichend wäre. Zum BLT-Gebäude: Hier hat der Gemeinderat nicht geschaltet und eine Chance verschlafen. Wäre man dies früher angegangen, hätten wir nun ein einziges kompaktes Gebäude und nicht zwei einzelne Gebäude, die viel Platz beanspruchen und die Aussicht versperren. *Antrag von Patrick Weisskopf*

Simone Schaub: Es ist auch bei uns in der SVP-Fraktion unbestritten, dass auf der Hexmatt sicher Handlungsbedarf besteht. Allerdings können wir den aktuellen Kreditantrag von CHF 1.845 Mio. nicht unterstützen. Bei einer 50 %-igen Steigerung zur ersten Schätzung von CHF 1.2 Mio. stellen sich bei uns einige Fragen. Momentan wird die Hexmatt nur ein halbes Jahr bzw. den Sommer hindurch gebraucht und nun ist von einer ganzjährigen Nutzung die Rede. Uns interessiert, ob es schon konkrete Projekte oder Anfragen gibt, dass man dies auch realisieren könnte? Hat man auch einen Neubau mit zwei Garderoben als abgespeckte Variante geprüft und dann bei Bedarf einen zusätzlichen Garderobencontainer? Dies könnte günstiger realisiert und auch an bestehende Strom- und Wasseranschlüsse angeschlossen werden. Dies würde die Kosten reduzieren und es liesse sich flexibel erweitern, wenn es notwendig wäre. Um diese Fragen abzuklären und mehr Details auch bezüglich der Wahl einer autonomen Anlage anstatt des Anschlusses an die Fernwärme zu erhalten, schlagen wir vor, das Geschäft an die BPK zu überweisen mit dem klaren Auftrag, die Summe massiv nach unten zu bringen auf CHF 1 Mio. am besten.

Antrag von Simone Schaub

Andreas Seiler: Die Fraktion FDP-Mitte ist für Eintreten. Wir sehen ganz klar den Bedarf für ein neues Garderobengebäude auf der Hexmatt und auch allgemein für die Hexmatt als Sportanlage. Auch neben der Sandgrube halten wir es für notwendig, eine weitere Anlage zu haben. Bei den sehr hohen Kosten von CHF 1.845 Mio. stellen sich auch bei uns Fragen, die nachher zu klären sind. Bei einer Rückweisung wissen wir nicht, was wir nachher erhalten. Daher sind wir für Eintreten und auch dafür, das Geschäft an die BPK zu überweisen.

Dieter Härdi: Zu den Kosten. Wir haben eine sehr seriöse Planung zusammen mit der Kommission durchgeführt und es liegt ein detaillierter Kostenvoranschlag vor. Vielleicht muss man noch zusätzlich informieren, wenn ich die Zahl höre „CHF 1 Mio.“. Es gibt viele Komponenten, wenn man die Analyse der Baukosten macht, die teilweise unabhängig von der Grösse des Baues sind und andere, die von der Grösse beeinflusst werden. Ich muss etwas ausholen. Man sieht beispielsweise, dass die Bauvorbereitungskosten nach Baukostenplan 1.5 % betragen, die Rohbaukosten CHF 687'000 gleich 37 %, die Installationen der Haustechnik alleine 24 % bzw. 440'000. In dieser Zweckbaute sind die Kosten für die technischen Anlagen viel höher als im Vergleich zu einem Einfamilienhaus. Beim Ausbau zeigt sich auch, dass es eine schlichte Zweckbaute ist, weil wir hier nur rund 8.5 % der Baukosten benötigen, was relativ wenig ist. Variantenvergleiche sind gemacht und auch geprüft worden (z. B. Holzwände oder Beton-Innenwände). Ein Vergleich der harten Bauweise mit der weichen hat gezeigt, dass die Kosten praktisch gleich sind. Zu den Honoraren: Diese betragen rund 12 %. In den CHF 1.845 Mio. ist noch eine Reserve von ca CHF 100'000 enthalten. Für die Umgebung sind nur CHF 59'000 vorgesehen und Nebenkosten, Versicherungen, Gebühren usw. betragen 8.7 % bzw. CHF 158'000. Die Analyse zeigt also, dass die effektiven Baukosten d. h. ohne Gebühren, Honorare und Reserven CHF 1.37 Mio. betragen. Von diesen Kosten sind die Reserven von ca 5 % nicht veränderbar, die Honorare von 12 % ebenfalls nur gering veränderbar und die Nebenkosten für Bewilligungen und Gebühren von rund 8.7 % sind ebenfalls fast nicht veränderbar. Haustechnik und Installationen mit den vorhandenen Nutzungsvorgaben sind auch nicht veränderbar und stellen 24 % dar, wenn man davon ausgeht, dass man das Gebäude in Zukunft auch so nutzen will, abgestimmt auf die Grösse der Hexmatt. Zusammengefasst kann man sagen, dass rund 50 % der Anlagekosten nur geringfügig veränderbar sind. Rohbau und Ausbau ergeben zusammen CHF 850'000. Dies sind direkt grössenabhängige Projektkosten. Wir bauen für CHF 840'000 – 850'000 250 m² Grundfläche. Wenn man nur 10 % einsparen will, was ca. CHF 80'000 wären, ist eine Grundfläche von rund 25 – 30 m² weniger zu bauen, was etwas mehr als einer Garderobe entspricht. Bei den Baukosten Rohbau und Ausbau unter Beibehaltung der technischen Anlagen wäre eine Einsparung in dieser Grössenordnung (CHF 80'000 – 100'000) möglich, wenn nur zwei Garderoben und nur eine Dusche gebaut werden. Wir haben auch in der Kommission diskutiert, dass wir ein Gebäude bauen, in dem 60 Personen warm duschen und es wäre ein Fehler, eine abgespeckte Variante vorzulegen, da

nur ein kleiner Betrag eingespart werden könnte. Wenn wir einen kleiner dimensionierten Boiler einsetzen, der nur gering weniger kostet, und nach der Einweihung feststellen, dass wir 20 Kaltduscher haben, käme dies überhaupt nicht gut an. Zum KASAK bzw. Swisslos Sportfonds: Wir haben sehr intensiv mit dem Sportamt BL über die Subventionen diskutiert. „Überkommunal“ bedeutet, dass sich mehrere Gemeinden finanziell am Bauvorhaben beteiligen und dies ist hier nicht der Fall. Die Trägerschaft müsste also mehrere Gemeinden betreffen. Ein weiterer Punkt, und beide Punkte müssen kumulativ erfüllt sein, ist die Priorisierung von Schwimmbadprojekten. Beim Schwimmbad konnten wir einen Zuspruch von Subventionen erwirken, aber bei der Hexmatt auch nach mehrmaligem Nachfassen nicht. Hier haben wir keine Beiträge zugute; es ist eine eindeutige Angelegenheit und werden keine Beiträge des Kantons erwirken.

Kurt Lanz: Wir haben von Dieter Härdi gehört, wie er die Situation beurteilt. Es gibt Leute, die das Geschäft an den Gemeinderat zurückweisen wollen. Bei einer Rückweisung stellt sich für mich die Frage, was denn der Gemeinderat damit machen soll. Soll er überhaupt eine neue Vorlage bringen, obwohl die Notwendigkeit nicht bestritten ist, und darum denke ich, dass der Weg über die BPK der bessere ist. Die BPK kann auf der einen Seite selber den Antrag stellen, das Geschäft an den Gemeinderat zurückzuweisen, wenn sie das Gefühl hat, es müsse ein neues Projekt gemacht werden. Auch der Rat kann bei der Behandlung dieses Geschäftes, wenn es von der BPK zurückkommt, noch den Antrag stellen, ein neues Projekt zu entwickeln. Die BPK wird ja dieses Projekt anschauen und herausfinden, warum es so viel kostet und dem Rat Bericht erstatten. Aus diesem Grund stelle ich offiziell den Antrag: Überweisung an die BPK. Was die Zusammenarbeit mit den BLT gebracht hat, weiss ich nicht. Jedenfalls konnten auch sie nicht so lange warten, bis sich der schlussendlich der Einwohnerrat oder die BPK entschieden haben. Die Trafostation musste gemacht werden und nicht erst in zwei oder drei Jahren. Und dann dem Gemeinderat sagen er habe es verschlafen, ist wirklich nicht ganz wahr.

Andreas Seiler: Dieses Mal kann ich Kurt Lanz voll zustimmen. Auch wir sind für dafür, dieses Geschäft an die BPK zu überweisen. Sie soll prüfen, wieso es so viel kostet und das, was uns Dieter Härdi mündlich mitgeteilt hat, können wir dann vertieft anschauen. Unserer Meinung nach soll die BPK auch prüfen, was es bedeutet, wenn wir eine Vorlage wollen, die beispielsweise nur CHF 1.4 Mio. oder CHF 1.2 Mio. oder sonst einen Betrag kostet und auf was wir dann verzichten müssten. Aufgrund dessen entscheiden wir, ob wir dem Betrag von CHF 1.845 Mio. zustimmen oder das Geschäft zurückweisen und eine Vorlage für einen geringeren Betrag wollen. Wenn wir es jetzt zurückweisen und eine Forderung über einen geringeren Betrag haben, wissen wir nicht, was schlussendlich kommt. Dann kommt eine Vorlage, die weniger kostet, aber nicht mehr viel bringt und wir müssten sie wieder zurückweisen und eine teurere Vorlage verlangen. Die BPK kann helfen, eine seriöse Grundlage zu schaffen, damit der Einwohnerrat über das Geschäft entscheiden kann mit einem Betrag, sei er so hoch wie jetzt oder allenfalls tiefer.

Urs Hess: Dank an Kurt Lanz, dass er den Antrag der SVP unterstützt. Simon Schaub hat diesen Antrag bereits gestellt und auch klar gesagt, dass die Kosten reduziert werden müssen. Diesen Auftrag hat die BPK mitzunehmen. Es gibt schon noch einige Fragen. Wir haben die Zahlen von Dieter Härdi gehört; man kann schon ein wenig darüber diskutieren und wenn die BPK diese Vorlage hat, kann sie es ausdiskutieren.

Patrick Weisskopf: Wir wissen es: Wenn Pratteln baut, wird's teuer. Der Vorschlag von Häring-Bau ist eine sehr teure Sache. Ich habe mich bei anderen Gemeinden erkundigt, was man unter Zweckbau versteht und dies zeigt durchaus, dass das Gebäude mit vier Garderoben, drei Duschen inklusive Vereinsraum und Materialraum unter CHF 1 Mio. machbar sind. Ich habe dazu zwei Beispiele. Was heisst dies aus Sicht des Steuerzahlers? Aus Sicht des Sportlers begreife ich, dass wir eine Anlage brauchen. Fairness gegenüber dem Steuerzahler fände ich, wenn auch noch die Kosten für Sandgruben bekannt wären, damit wir nicht die Katze im Sack kaufen.

Christoph Pfirter: Das Lieblingsthema von mir „Wenn Pratteln baut“. Die Kosten sind wirklich zu hoch und die Zahlen unter CHF 1 Mio., die erwähnt wurden, sind auch etwas Realistisches. Ich habe mich auch bei Baufachleuten schlau gemacht. Solche Gebäude werden mit Kubaturpreisen grob geschätzt. In der Vorlage wird mit einem Kubaturpreis von rund CHF 2'000 gerechnet; für unter CHF 1'000 ist ein solches Gebäude absolut machbar. Man braucht keine grosse Statik, es gibt kein mehrstöckiges Gebäude und für CHF 1.8 Mio. baut man eine Villa mit Hallenbad. Ich würde dafür einen Architekten finden, Dieter Härdi. Wenn du sagst, bei den 12 % sei nichts zu machen, musst du einen suchen, der es unter 12 % macht. Bei den Handwerkern wird ja auch der billigste gesucht. Pratteln macht Ausschreibungen, wenn es um CHF 20'000 geht, aber hier wird einem Architekten bei CHF 1.8 Mio. CHF 200'000 Honorar zugestanden. Für CHF 200'000 kann eine Person ein ganzes Jahr lang arbeiten am CAD, aber sicher nicht für ein Garderobengebäude. Es handelt sich um die Hexmatt und laut unseren Geschichtsbüchern haben wir dort mal Hexen verbrannt. Verbrennt heute kein Geld dort.

GR Emanuel Trueb: Bevor sie nachher das Eintreten beschliessen, einige Ausführungen zum Gesamtkonzept: Es ist wichtig, die Hexmatt im Zusammenhang mit Sandgruben anzuschauen. Die Sandgrubenvorlage ist in Bearbeitung und kommt demnächst in diesen Rat. Die Arbeiten in den entsprechenden Kommissionen werden geleitet von den entsprechenden Programmen, die es zu erfüllen gibt. Was hier präsentiert wird, ist das Produkt eines Raumprogrammes, eines technischen Programmes von Anforderungen an den Unterhalt, also Punkten, die sich noch genau untersuchen und prüfen lassen. Wichtig ist, dass es sich um eine Investition in den Sportbereich Hexmatt handelt, der in Ergänzung zu dem steht, was wir in der Sandgrube machen wollen und vor allem dem Training dient. Einem Training auf verschiedenen Stufen und je besser die Infrastruktur ist, umso besser können wir nachher den Ort vor allem den Kleinen zur Verfügung halten und zusätzlich Angebote für Sportbetriebe machen, die nicht an die Matte gebunden sind wie Laufsport und andere Sportarten. Auch diese Sportarten können auf der Garderobenstruktur basieren. Es geht um eine zusätzliche Ausweitung der Sportmöglichkeiten in der Gemeinde und dies erscheint mir als wesentlicher Punkt. Sandgruben wird auch in Zukunft der Wettkampfort sein, wo die Wettkämpfe in den unterschiedlichsten Sportarten ausgetragen werden sollen mit dem wesentlichen Element des Allwetterspielplatzes.

GR Rolf Wehrli: Es macht absolut Sinn, dass das Geschäft an die BPK geht und die Vorlage hat verdient, dass sie auch in der BPK geprüft wird. Es ist ein Qualitätsbau, dem müssen wir uns bewusst sein. Qualität wird vom Gemeinderat und auch dem Einwohnerrat verlangt. Wenn gespart werden kann und dieselbe Qualität noch immer vorhanden ist, ist es gut und recht. Ich wäre froh, ihr würdet eintreten und die BPK kann es nachher im Detail prüfen und Bericht erstatten.

Abstimmung über den Antrag von Patrick Weisskopf

://: Der Rat lehnt einen Rückweisungsantrag von Patrick Weisskopf, Unabhängige Pratteln, mit 3 Ja zu 30 Nein bei 3 Enthaltungen ab.

Roger Schneider: Als ich die Vorlage durchgelesen habe, war die Rede von „Spielraum für zusätzliche Trainingseinheiten“, die entstehen oder ausgebaut werden sollen. Weiter ist die Rede von einem Halbjahresbetrieb. Zwischen den Zeilen lässt sich lesen, dass eine Intensivierung der Nutzung absehbar ist wie beispielsweise von einem Halbjahresbetrieb zu einem Ganzjahresbetrieb. Was bedingt dies alles? Wir haben in Sandgruben ein Kunstrasenfeld, ist so etwas auch in der Hexmatt ein Thema und damit unterhaltintensiv oder nach kurzer Zeit zu ersetzen? Ist so etwas bzw. eine Nutzungsintensivierung konkret geplant? Man könnte das Garderobengebäude heizen und das ganze Jahr hindurch nutzen. Dies ist eine Frage an die BPK oder an den Gemeinderat.

GR Rolf Wehrli: Danke für den Hinweis. Diesen kann man sehr gut entgegennehmen und in der BPK zusammen mit dem Gemeinderat diskutieren.

Bruno Baumann: Für die BPK: Auf Seite zwei der Häringunterlagen sind zu finden Veloabstellplatz und Holzelementbauweise. Es ist ein Veloabstellplatz vorgesehen und wenn an schon einen macht, sollte man überlegen, ob er überdacht werden könnte. Draussen Sport machen kann man und nachher auch duschen, aber wenn man dann auf ein nasses Velo steigen muss, ist es nicht angenehm. Nehmt diese Anregung bitte mit. Zur Holzelementbauweise. Der Bau oder ein Teil davon wird mit Holzelementen eingekleidet und muss wunderschön sein. Ich bin anderer Meinung, nämlich der, dass es nicht schön, sondern zweckmässig sein muss. Dazu gehört auch, dass man eine Alu-Verschalung mit Isolierung machen könnte. Wenn Holzelemente einmal versprayt wird, ist es sehr schwer, dies wieder wegzubringen, falls es überhaupt weggeht. Bei einer Aluwand könnte man es abschrauben und neu streichen, damit es wieder gut aussieht.

Abstimmung über den Antrag von Simone Schaub:

Auf Antrag der SVP-Fraktion, Simone Schaub, beschliesst der Rat einstimmig:

://: Das Geschäft Nr. 2894 wird an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

Fragestunde

Frage 1

„Temporärer Werkhof Hexmatt“ (Patrick Weisskopf, Unabhängige Pratteln)

GR Emanuel Trueb: Seit einigen Monaten wird auf der Hexmatt Baumaterial und Bauschutt zwischengelagert. Frage 1: *Wer hat diese Zwischennutzung bewilligt und für welche Dauer?* Die zuständige Sachbearbeiterin der Abteilung Bildung/Freizeit/Kultur nach Rücksprache mit der Abteilung Bau und der Abt. Dienste/Sicherheit. Die Bewilligung wurde für die Zeit von Mai bis Juli 2014 erteilt. Auf Anfrage der Bauunternehmung wurde diese bis allerhöchstens anfangs November 2014 verlängert. Frage 2: *Ist diese Nutzung zonenkonform?* Ja. Es handelt sich um eine befristete Zwischennutzung. Frage 3: *Welche Betriebe und Baustellen dürfen den Werkhof Hexmatt benutzen?* Grundsätzlich ist der Mergelplatz Hexmatt kein Werkhof. Er wurde temporär der Bauunternehmung Rofra Bau AG für das Lagern von Baumaterial und Mulden, gegen Entrichtung der üblichen Allmendgebühr, zur Verfügung gestellt. Frage 4: *Welchen Nutzen ziehen die beteiligten Betriebe und die Gemeinde daraus?* Die Bauunternehmung Rofra Bau AG und die Bauherrschaft Elektra Baselland sparen Zeit, was der Bevölkerung auch dient. Der Gemeinde bleibt einiges an Verkehr- vor allem Lkw-Verkehr - erspart und durch die kürzere Bauzeit weniger lange Verkehrsbehinderungen und Baustellenimmissionen. Frage 5: *Wird der Immissionsschutz gemäss Polizeireglement eingehalten und seit wann?* Es gab im September Reklamationen aus der Anwohnerschaft, dass die Unternehmung die Ruhezeiten über Mittag zwischen 12 und 13 Uhr nicht einhalten würde und durch das Manövrieren auf dem Mergelplatz Staubimmissionen entstünden. Konfrontiert mit dieser Reklamation, haben die Baustellenverantwortlichen der Firma Rofra AG zugegeben, öfters bereits zwischen 12.30 und 12.45 Uhr die Arbeit wieder aufzunehmen. Darauf wurde die Unternehmung unmissverständlich angewiesen, die gesetzlichen Ruhezeiten einzuhalten. Zudem wurde die Fa. Rofra beauftragt, eine Staubwand auf der Grenze zwischen dem Mergelplatz und dem von den Staubimmissionen betroffenen Grundstück zu errichten und bei trockener Witterung die Kieshaufen anzufeuchten, damit bei Wind

kein Staub aufgewirbelt wird. Diese Massnahmen wurden im Zeitraum einer Woche umgesetzt. Frage 6: *Werden die Anwohner für die zusätzlichen Immissionen (Lärm und Staub) finanziell entschädigt?* Der Gemeinde ist nicht bekannt, ob die Bauunternehmung mit finanziellen Forderungen konfrontiert wurde oder noch wird. Dort müssten solche Forderungen gestellt werden. Frage 7: *Wer kommt für die Kosten der Wiederinstandstellung auf und welche Positionen umfasst diese?* Ähnlich wie bei einer Wohnungsvermietung wurde der Platz, bevor er von der Unternehmung belegt werden durfte, abgenommen. Die Bauunternehmung hat den Platz im gleichen Zustand, wie sie ihn angetroffen hat, zu verlassen. Die Kosten allfälliger Reparaturen gehen vollumfänglich zu ihren Lasten. Unabhängig davon ist geplant, im Jahr 2015 den Platz einer Totalsanierung zu unterziehen.

Patrick Weisskopf: Danke für die Beantwortung. In der Beantwortung von Frage 7 haben wir erfahren, dass eine Totalsanierung des Platzes vorgesehen ist. Zusatzfrage 1. Als was ist die Totalsanierung geplant? Zusatzfrage 2. Wurde bei der Abnahme berücksichtigt, dass das Ganze so stark verdichtet wurde, dass nun Schmutz und Sand in die Kanalisation gelangt?

GR Emanuel Trueb: Zu 1: Der Mergelplatz soll wieder als Mergelplatz hergestellt werden, um die Multifunktionalität, die er heute hat, weiterhin zu gewährleisten. Zu 2: Die Details mit Verdichtung und Schmutz in die Kanalisation sind mir montan nicht bewusst; ich nehme beides entgegen und wir gehen dieser Sache nach.

Die Frage ist beantwortet.

Frage 2

„Probetrieb Ortsbuslinie“

(Christoph Zwahlen, Unabhängige Pratteln)

GR Stefan Löw: Frage: *Wurden schon Erhebungen der Benutzerzahlen der beiden Linien gemacht?* Einige Busse der Autobus AG Liestal sind mit Infrarotsensoren zur Messung der Fahrgastzahlen ausgerüstet. Mit den Messungen ist es der Autobus AG Liestal möglich, eine Hochrechnung für die Fahrgastzahlen der jeweiligen Linien 79 (Dorf) und 82 (Grüssen und Friedhof) vorzunehmen. Die Auswertungen werden von Ihr analysiert und uns bei Bedarf zur Kenntnis gebracht. Im letzten halben Jahr konnte eine weitere Zunahme der Fahrgäste festgestellt werden. Die Auslastung entspricht noch nicht vollumfänglich den Erwartungen. Die Ortsbusnutzung beginnt sich bei der Bevölkerung aufzubauen und zu festigen. Im ersten Halbbetriebsjahr 2013 wurden auf der Linie 79 insgesamt 27'400 und auf der Linie 82 36'100 Fahrgäste transportiert. Im ersten Halbjahr 2014 waren dies bereits auf der Linie 79 29'400 und auf der Linie 82 46'600 Fahrgäste. Dies entspricht einem Wachstum von 7.3 % (Linie 79) respektive 29.1 % (Linie 82) oder gesamthaft 20.0 %. Frage: *Können schon Angaben zum Aufwand und Ertrag der beiden Linien gemacht werden?* Die Gemeinde hat der Betreiberin, der Autobus AG Liestal, den Auftrag für den dreijährigen Probetrieb zum Fixpreis vergeben. Das Ertragsrisiko liegt somit auf Seiten der Autobus AG Liestal. Frage: *Wurden schon Überlegungen zur Fortführung und Optimierung bzw. Weiterentwicklung des Ortsbusnetzes gemacht?* Der Ortsbus Pratteln ist gut gestartet, der Betrieb läuft stabil und zuverlässig. Aufgrund der Optimierungsmassnahmen auf den Fahrplanwechsel 2014 konnte bereits festgestellt werden, dass die Auslastung weiter gesteigert werden konnte. Der Ortsbus beginnt sich zu etablieren. Der Gemeinderat ist mit der Autobus AG Liestal sowie mit dem Kanton im Gespräch. Die aktuellen Gegebenheiten, Optimierungsmassnahmen und die Weiterführung des Betriebes der beiden Buslinien 79 und 82 werden analysiert, mögliche Varianten geprüft und besprochen. Der Gemeinderat wird dem Einwohnerrat anfangs 2015 eine entsprechende Vorlage zur Weiterführung des Ortsbusses vorlegen.

Christoph Zwahlen: Danke für die Beantwortung der Fragen. Ich bin damit zufrieden. Warum habe ich diese Fragen gebracht? Der Ortsbus ist ein Jahr zu spät gestartet und auch im August 2015 wird ein Fahrplan festgelegt und falls hierüber eine Abstimmung gemacht werden müsste, müsste diese im Juni stattfinden. Dies war meine Sorge und darum habe ich nachgefragt.

Die Frage ist beantwortet.

Frage 3

„Umsetzungsstopp Tempo 30“ (Urs Hess, SVP-Fraktion)

Die Frage wurde im Rahmen der Diskussion zu den Geschäften 2980 und 2910 beantwortet.

Geschäfte 2902, 2903 und 2904 nicht behandelt.

Die Sitzung wird um 22.00 Uhr beendet.

Pratteln, 6. November 2014

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Benedikt Schmidt

Joachim Maass